

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, zu beziehen. — monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 109.

Donnerstag, den 11. Mai 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Vorarbeit für den Sozialismus.

Die Konzentration des Kapitals schreitet unaufhaltsam und in raschem Tempo weiter und sie hat eine Menge eigenartiger Verbindungen hervorgebracht, mit denen die ganze moderne Kulturwelt bedeckt ist. Kartelle, Syndikate, Ringe und Trusts nennt man diese von industriellen und kaufmännischen Unternehmern gebildeten Körperschaften, die namentlich in Gestalt der nordamerikanischen Trusts einen riesenhaften Umfang erreicht haben. Der Petroleumtrust und der Stahltrust sind eine Art Weltmächte geworden, deren Bedeutung auch für die politischen Fragen man unter anderem wohl darin erkennen kann, daß der Stahltrust in Nordamerika sich nach der Vernichtung der russischen Flotte durch die Japaner erbot, eine neue Flotte für den Zaren zu erbauen. Auch ein Beweis, wie wenig politische Grundsätze bei diesen Kapitalungeheuern bedeuten, für welche der Profit allein maßgebend ist. Steigerung des Profits ist auch der ausschließliche Zweck dieser kapitalistischen Körperschaften. Sie regeln die Produktion für ihr Gebiet dergestalt, daß sie, infolge des Fortfalls der Konkurrenz unter den Beteiligten, die Preise für ihre Produkte diktieren können. Sie können den Warenmarkt mit ihren Produkten überfluten oder sie davon zurückhalten, je nach Bedürfnis. So fallen ihnen die erreichbar höchsten Profite zu und die Mitglieder können die Beute unter sich teilen. Solche Korporationen können das Unheil eines Landes werden, wie man in Nordamerika am besten sieht, wo die Trusts ein Land trotz seiner freien Verfassung mit unerhörter Auspönerung und Unterdrückung heimgeführt und sich mehr Machtbefugnis angeeignet haben, als dies jemals eine absolute Monarchie getan.

Die Sozialdemokratie hat diesen bedeutenden Erscheinungen bald ihre Aufmerksamkeit zugewendet. Sie sind eine ganz unvermeidliche und notwendige Folge der kapitalistischen Entwicklung. Das mittlere und kleine Unternehmertum ist von ihnen in Masse vernichtet, aufgelogen, lahmgelagt worden. Damit ist die gewaltige Überlegenheit der konzentrierten Produktion über die zersplitterte bewiesen; die Unzulänglichkeit eines Produktionszustandes mit freier Konkurrenz ist dargetan. Die Kartelle sind sonach ein Schritt zur sozialistischen Produktion, für die sie eine ungeheure Vorarbeit leisten. Denn der Sozialismus ist ohne Konzentration der Produktionskräfte nicht denkbar. Sie bereiten jene große Umwälzung vor, die Marx mit den Worten ankündigt: „Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Konzentration der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen den Punkt, wo sie unerträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateure werden expropriert.“

Aber wenn diese kapitalistischen Organisationen auch eine Vorstufe des Sozialismus in gewissem Sinne vorstellen, so müssen um so dringender die Gefahren hervorgehoben werden, die den Arbeitern unter der bestehenden kapitalistischen Produktionsweise durch die Trusts und die mit diesen verwandten Erscheinungen erwachsen. Die Vereinigung in den Trusts verleiht den Unternehmern eine bisher nicht dagewesene und überlegene Macht gegenüber den Arbeiterorganisationen. Lohnkürzungen, Verlängerung der Arbeitszeit, Beschränkung oder Vernichtung des Koalitionsrechts usw. lassen sich mit dem gemeinschaftlichen Druck eines Trusts viel leichter durchführen, als wenn die Unternehmer sich als Konkurrenten gegenüberstehen.

In dieser Beziehung ist der Bericht, den der nordamerikanische Stahltrust über sein zehntes Geschäftsjahr herausgegeben hat, sehr interessant und beleuchtet auch die Haltung, welche diese großkapitalistischen Körperschaften gegenüber dem Staat und der Gesetzgebung einnehmen.

Bekanntlich hat das Treiben der Trusts in der nordamerikanischen Union eine starke Gegenströmung hervorgerufen. Es wurden gesetzgeberische Versuche unternommen, um die Macht der Trusts zu beschränken. Diese Versuche mußten mißlingen, denn in einem Klassenstaat, wie die Union, kann die Kapitalistenklasse nicht entchieden genug gegen die Trusts vorgehen, wenn sie nicht den Boden unterhöhlen will, auf dem sie selbst steht. Dazu kommt die Korruption, von welcher die nordamerikanische Justiz angegriffen ist. Der angebliche „entschiedene“ Kampf des „großen“ Roosevelt gegen die Trusts nahm sich denn auch mehr wie Prahlerei und Popularitätshascheret aus. Immerhin aber haben die Angriffe, die in den gesetzgebenden

Körperschaften gegen die Trusts gerichtet wurden, deren Lektüre erschreckt, so daß sie „staatsmännische“ Umwandlungen bekamen. Beim Stahltrust wurde eine Unfallversicherung und eine Altersrente eingeführt. Das sollte weiteren Angriffen vorbeugen und der Welt ein Beispiel von dem „warmen Herzen“ der Magnaten des Stahltrusts geben. Dadurch werden sich aber nicht viele Leute täuschen lassen, und am allerwenigsten die Arbeiter. Der Trust hat zwar eine kleine Lohnzulage gewährt und den Arbeitern ermöglicht, Aktien gegen Teilzahlungen zu erwerben. Aber das klingt wie Hohn; denn die Löhne, die der Trust zahlt, sind meist sehr niedrig, was auch in der bürgerlichen Presse betont wird, namentlich wenn man die Kosten des Unterhalts in Anschlag bringt, wie sie dort unumgänglich sind. Dazu kommt eine aufreibende und gefährliche Arbeit in den Betrieben des Stahltrusts.

Die Bestrebungen der Arbeiter auf Erleichterung von diesem Druck werden rücksichtslos bekämpft. Das Koalitionsrecht ist von den Trustsherren zu einer Illusion gemacht worden. Sie verstehen das Saalabtreiben weit besser als preussische Landräte. Vereinigungen der Arbeiter werden nur geduldet, wenn die Leitung in den Händen der Beamten liegt, die den Trustsherren ergeben sind. Es sind schon ganze Werke zeitweilig stillgelegt worden, nur um die dort bestehenden Arbeitervereinigungen zu zerstören. Aber mit solchen Maßregeln wird man die Arbeiter auf die Dauer nicht niederhalten können. „Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Degradation, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse.“ — So schrieb Karl Marx vor einem halben Jahrhundert schon. Die kapitalistische Entwicklung geht in der Tat dahin.

In diesem Sinne haben die deutschen Sozialdemokraten auf ihrem Frankfurter Parteitag 1894 schon zu den Kartellen und Trusts Stellung genommen, die zwar den Sozialismus vorbereiten helfen, aber heute eine Seidel der Arbeiter sind. Einschneidende Arbeiterchutzgesetze, Koalitionsfreiheit und fortschreitende Demokratisierung der Reichs-, Staats- und Gemeindeverwaltung wurden gefordert, damit der Wille der stetig wachsenden Masse der nichts oder wenig besitzenden Konsumenten maßgebend werde, deren Interessen in entschiedenem Gegensatz stehen zu den Interessen einer Handvoll übermächtiger Kapitalisten. Bekanntlich wurde unter Posadowsky eine Untersuchung des deutschen Kartellwesens angeordnet. Davon hat man nicht viel mehr gehört, wohl aber haben die deutschen Schlotbarone ihr gewichtig Teil dazu beigetragen, daß Posadowsky gehen mußte.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Fortsetzung.

Im Reichstag wurde die sogenannte Beratung der sogenannten Reichsversicherungsordnung sozusagen fortgesetzt. Fortgesetzt wurde auch das hartnäckige Schweigen der Mehrheit, das höchstens einmal vom Schokoladensyndikus Stresemann und vom Innungskrauter Riejeberg unterbrochen wurde. Fortgesetzt wurde gleichfalls das Niedertrampeln aller Wänderungsanträge, ein Geschäft, das die Mehrheit mit der Grazie befragte, mit der ein ausgewachsenes Nilpferd in einem Reisfeld zu haufen pflegt. Aber wir wollen nicht ungerecht sein. Selbst der schweigende Arbeitsblock der Trappisten von Bruhn bis Baffermann ließ sich einmal herbei, einen sozialdemokratischen Antrag anzunehmen. Es handelte sich dabei um eine Lieberlichkeit der Fassung, die wenn sie bestehen geblieben wäre, eine schwere Schädigung der Bergarbeiter bedeutet hätte. Das war aber auch die einzige Ausnahme vom eintönigen Niedertrampeln der Ablehnungsquillotine. Sonst verlief die Sitzung ohne Zwischenfälle und erreichte ein ziemlich frühzeitiges Ende, da die Mehrheit augenscheinlich Kraft sammelt zu der am Donnerstag in Szene gehenden Abwürgung der proletarischen Selbstverwaltung der Krankenkassen. Genosse Emel wies überzeugend für jeden Nicht-Stresemann die Schädlichkeit der Betriebskrankenkassen nach und die Genossen Busold, Leber, Mollenbühr, Hoch, Robert Schmidt u. a. kämpften heldenmütig, wenn auch vergebens, um jeden Fußbreit Bodens.

Eine „Arbeiter“-Kandidatur.

Die unter nationaler Flagge stehenden konventionellen Gruben- und Hüttengewerkschaften haben zu einem verzweifeltsten Mittel gegriffen, um den Wahlkreis Bochum

der Sozialdemokratie wieder zu entreißen: sie haben einen Arbeiter, den Bergmann Hackmann-Bochum als Reichstags-Kandidaten aufgestellt. Der Auserwählte war bis vor kurzem durchaus unbekannt; man weiß aber, daß er als Mitglied des Arbeiterausschusses öffentlich die Ansicht vertreten hat, es sei richtiger, den Arbeitern, die um Unterstützung nachsuchten, die Unterstützung in Naturalien auszusprechen, „damit sie die Barunterstützung nicht verausgaben“. Als besonders empfehlend wird dem „kommen-den Manne“ nachgerühmt, er sei Mitglied des Evangelischen Arbeitervereins und — des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter. Der Gewerkeverein kam erst zu der Ehre dieser Mitgliedschaft, seit Hackmann als Kandidat in Aussicht genommen war. Im übrigen ist diese Mitgliedschaft nicht ohne pikanten Beigeschmack. Schon im vorigen Jahre hat der Zentrumsführer für Bochum, Löchtermann, seine Geneigtheit bekundet, im ersten Wahlgange mit den Nationalliberalen zusammenzugehen; in ähnlichem Sinne hat sich der christliche Führer Häcker ausgesprochen. Von Zentrumsseite sind solche Absichten allerdings abgestritten worden; aber wer das Zentrum kennt, weiß, was von solchen Versicherungen zu halten ist. Es kommt hinzu, daß die kürzlich vom „Bochumer Volksblatt“ gebrachte Meldung, an einer von den Nationalliberalen einberufenen geheimen Konferenz, die die Zurückziehung der christlich-sozialen und der fortschrittlichen Kandidatur bezweckte, habe auch der christliche Gewerkevereinsführer Effert teilgenommen, nicht ernstlich zu bestritten gewagt wurde.

Kein Zweifel: der Plan, der Sozialdemokratie das Bochumer Mandat durch eine gemeinsame Kandidatur zu entreißen, besteht nach wie vor beim Zentrum und bei den Rechten, und es wird fleißig daran gearbeitet. Für eine solche gemeinsame Kandidatur ist natürlich auf der Seite des Zentrums erste Voraussetzung, daß der Kandidat auch im Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter organisiert sei. So wurde Herr Hackmann „gewerkschaftlich organisiert“.

Für die Richtigkeit der Auffassung, daß eine solche gemeinsame Kandidatur beabsichtigt ist, spricht auch die halbstündige „Programmrede“ des Herrn Hackmann, Wiederholt berührte er darin das Zusammenhalten aller bürgerlichen Parteien und sprach von dem gemeinsamen Vorgehen der gesamten christlichen Arbeiterklasse. Kennzeichnend ist auch, daß das Zentrum immer noch keinen Kandidaten für den Bochumer Wahlkreis aufgestellt hat.

In seinem Programm führte der „Arbeiterkandidat“ aus, in erster Linie handle es sich — um die Wehrkraft Deutschlands. Sie müsse, wenn nötig, noch weiter ausgebaut werden. Selbstverständlich tritt Hackmann für Beibehaltung der Schutzzölle ein und verspricht entschiedene Bekämpfung der Thron- und Altar stützenden Sozialdemokratie. Nebenbei will Hackmann auch noch die Sozialpolitik fördern helfen, obgleich auf diesem Gebiete in keinem Staate der Welt so viel geleistet werde wie in Deutschland.

Eine Wendung zugunsten der Industrie.

Triumphierend teilt die „Post“ mit, aus parlamentarischen Kreisen werde ihr geschrieben, daß begründete Aussicht auf eine den Wünschen der Industrie mehr entsprechende Gestaltung der Bestimmungen über die Betriebskrankenkassen in der zweiten Lesung im Plenum vorhanden sei, und zwar liege es in der Absicht, „die mit Recht bemängelte Bestimmung, wonach Betriebskrankenkassen nur zugelassen werden sollen, wenn sie den Bestand der Ortskrankenkasse nicht gefährden, auf künftige neu zu errichtende Betriebskrankenkassen zu beschränken.“ Auf die jetzt bestehenden Betriebskrankenkassen solle dementsprechend diese Bestimmung nicht Anwendung finden, ebensowenig auf neu errichtete Krankenkassen, sobald ihre behördliche Zulassung einmal ausgesprochen sei. Endlich solle auch eine nähere Bestimmung darüber zugelassen werden, unter welchen Voraussetzungen eine Gefährdung einer bestehenden Ortskrankenkasse anzunehmen sei. Würden, wie bestimmt zu hoffen sei, Bestimmungen dieser Art Gesetz, so würden wenigstens in dem einem Punkte die schweren Bedenken, die innerhalb der Industrie gegen einen Teil der Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung beständen, in der Hauptsache beseitigt werden.

Patriotische Winterknaben.

Ein angeblich nationaler Verband der Krankenkassen fühlt sich bemüht, in der Presse zu bekunden, daß er mit der großen Lagung der Krankenkassenbeamten nichts zu tun hatte, insbesondere sich mit den dort gefaßten Beschlüssen nicht identifiziere. Sie behaupten, daß die Beschlüsse in der „Neuen Welt“ in Berlin eine sozialdemokratische Rundgebung gewesen sei und versichern, daß sie zum Reichstage das vollste Vertrauen haben, denn sie

haben überzeugt, daß die von der Reichsversicherungsordnungskommission gefaßten Beschlüsse lediglich eine Folge der vielfach mißbräuchlichen Ausübung des Selbstverwaltungsrechts sind. Diese „nationalen“ Beamten wissen offenbar die Zeichen der Zeit zu deuten und sind überzeugt, sich damit in empfehlende Erinnerung bringen zu können, daß sie ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen.

Das Todesopfer der Berliner Polizei.

Die russischen Zeitungen bringen immer neue Einzelheiten, die das Vorgehen der Berliner Universitätsbehörde und der Kriminalpolizei gegen den Studenten Dubrowsky in noch krasserem Lichte als bisher erscheinen lassen. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß das infame Bepfehlungs-system der preussischen Behörden gerade einen Angehörigen der höheren russischen Bureaucratie in den Tod getrieben hat. Wie aus dem Nachruf des früheren Direktors der Petersburger Universität, Prof. J. Borgmann, hervorgeht, ist Dubrowskys Vater Mitglied der obersten Kirchenschulverwaltung des hl. Synods, wirklicher Staatsrat, Erzkanzler, also ein angesehenes Mitglied der russischen Bureaucratie. Daß diese Tatsache den Sohn nicht gerade zum Schwärzhund der Kämpfer im Kampf um die Freiheit, ist um so begreiflicher, als er von seinen wissenschaftlichen Interessen voll und ganz in Anspruch genommen war. Aber schon seine Weigerung, in den „Botschafter-Verein“ — die Berliner Filiale der „christlichen“ Studentenvereinigungen — einzutreten, eine Handlung, die von dem politischen Keintlingsgefühl Dubrowskys und seinem Wunsche zeugt, sich von jeglicher Politik, also auch von der reaktionären, fernzuhalten, genügte, um ihn der Berliner politischen Polizei als „verdächtig“ erscheinen zu lassen. Offenbar sorgt diese dafür, diesem von allen unabhängigen, anständigen Menschen verachteten „Verein“ neue Mitglieder zuzuführen, um für den Blutbaren neue ergebene Diener heranzuzüchten.

Die Diffidenden, die nach dem ersten verunglückten Verhaftungsversuch wie vor den Mund geschlagen waren, haben nun die Sprache bereits wieder gefunden. Die „Königliche Zeitung“ nimmt die Berliner Universität in Schutz, deren schmächtige Handlangerdienste sie vollkommen in Ordnung findet. Knuten-Dertel aber geht aufs Ganze. Er stellt auch der Berliner Polizei ein glänzendes Zeugnis aus und faßt — ohne natürlich die Spur eines Beweises anzuführen — von einer „Aenderung der politischen Haltung“ Dubrowskys. Schon diese „Beweisführung“ charakterisiert das Niveau unserer „maßgebenden Kreise“, die sich nicht auf die Bepfehlung der Lebensweise der russischen Studierenden beschränken, sondern, wie in den seligen Zeiten der Demagogerie in Deutschland, auch ihre innersten Gedanken zu ergründen suchen. Wie herrlich weit haben wir's doch gebracht!

Aber die Person des Verstorbenen teilt Professor Borgmann in seinem Nachruf noch folgende Einzelheiten mit:

In Erlangen arbeitete Dubrowsky in dem Laboratorium von Prof. Wiedemann, der ihn so lieb gewann, daß er ihn mehrfach bat, im nächsten Jahre nach Erlangen zurückzukehren und seine Arbeit bei ihm fortzusetzen. Im Sommer 1910 arbeitete er im optischen Laboratorium von Professor Lummer in Breslau, der ihn noch im vergangenen Winter einlud, wieder nach Breslau zu kommen. In Petersburg arbeitete er im physikalischen Seminar von Prof. Borgmann, der ihm das Zeugnis eines erstaufliegenden, kenntnisreichen Studenten ausstellte. „Der Tod — so schreibt er — raubte uns das würdigste Mitglied der an Zahl kleinen Schar der russischen Physiker.“ Diesen Tod haben diejenigen auf dem Gewissen, die mit ihren Kofakenstiefeln das Leben eines Gelehrten zertraten.

Das preussische Abgeordnetenhaus

beriet am Mittwoch zunächst eine Vorlage zur Entlastung des Oberverwaltungsgerichts. Es soll eine Revisionssumme festgesetzt und außerdem sollen Hilfsrichter zugezogen werden. Der Vorlage werden von allen Parteien Bedenken entgegengehalten. Genosse Liebknecht verwies darauf, daß die Entlastung des Oberverwaltungsgerichts den Übergriffen mancher Verwaltungsbehörden zuzuschreiben sei. Die Einführung einer Revisionssumme bedeute eine Einschränkung der letzten Möglichkeit, sich gegen ungesetzliche Zumutungen von Verwaltungsbehörden zu schützen. Die Hilfsrichter würden eine sehr zweifelhafte Unabhängigkeit besitzen. Schließlich ging die Vorlage an eine Kommission.

Dann wurde ein Gesetzentwurf beraten, der die Pflicht zum Besuch der ländlichen Fortbildungsschulen auf einige weitere Provinzen ausdehnt. Der Landwirtschaftsminister begründete die Nichtzulassung des Sonntagsunterrichts mit den Vorrechten, die die Kirche auf den Sonntag habe und sprach sich gegen obligatorischen Religionsunterricht aus, da ohnedies viel Gelegenheit zu christlich-religiöser Erziehung sein werde. Ein Konterattவர் forderte im Namen einer Minderheit seiner Fraktion die Einführung des Sonntagsunterrichts, da sonst die jungen Leute in die Wirtschaften gehen würden, um dort Schnaps zu trinken. Die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts wurde nur vom Zentrum befürwortet. Schließlich ging auch diese Vorlage an eine Kommission. Nach Erledigung zweier kleinerer Vorlagen verlagte sich das Haus auf Donnerstag, wo Anträge und Petitionen beraten werden.

Rassenschläge für das Zentrum.

Das Zentrum sucht im Laufe der Zeit die Tatsachen umzufächeln und tut so, als habe es mit der Bewilligung der neuen Steuer eine glorreiche patriotische Tat begangen. Alle Bemühungen helfen aber nichts, immer wieder muß es sich den Arbeiterverrat befähigen lassen. So ist auch jetzt gerade zur rechten Zeit der Bericht der Handelskammer in Münster erschienen. In diesem Bericht ist Seite 12 zu lesen:

„Die Kaufschichtigkeit der Arbeiterkundschaft ist durch die Steuererhöhung notwendiger Lebensmittel beeinträchtigt.“

Auf Seite 126 heißt es:

„Gerade gegenwärtig ist in diesen Artikeln (Baumwollwaren) mit einer umso größeren Sparjamkeit zu rechnen als die notwendigen Lebensmittel eine empfindliche Steuererhöhung durchmachen.“

Seite 139 (über Tabakindustrie):

„Die Wirkungen des neuen Tabaksteuergesetzes zeigen sich noch schlimmer als befürchtet war.“

So äußert sich der Bericht noch an mehreren Stellen und legt damit nicht bloß Zeugnis ab gegen das Zentrum, das das Volk verraten hat, sondern auch für die katholischen Textilarbeiter des Münsterlandes, die von den katholischen Unternehmern zu einem wahren Verzweiflungskampf gepreßt werden. Hier können die christlichen Arbeitersekretäre den Klassenkampf in seiner brutallsten Form studieren, den Klassenkampf, den sie sonst leugnen. Die christlichen Unternehmer wollen an 20000 Arbeiter auf Straßenpflaster werfen, weil in einem Betrieb gestreikt wird. Und obwohl die Bevölkerung unter einer empfindlichen Steuererhöhung leidet, wie selbst der Handelskammerbericht zugibt, ist der Jahresdurchschnittslohn von etwa 15000 Arbeitern noch erheblich zurückgegangen. Westfalen gilt als eine der reichsten Provinzen, aber der Durchschnittslohn der Sklaven in der dortigen Textilindustrie beträgt nur 834,80 Mark! Obwohl die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums kann man am besten studieren, wenn es zu Hause ist!

Zur Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl.

Aus Stuttgart wird der „Vossischen Zeitung“ berichtet: „In der Frage der Oberbürgermeisterwahl ist eine neue Wendung eingetreten. Die nationalliberale Partei, die bisher unbedingt an Lautenschlager festhielt, erklärte nunmehr ihre Bereitwilligkeit, für den früher von der Volkspartei vorgeschlagenen, aber abgelehnten Ministerialrat Sigel einzutreten. Die Volkspartei lehnt jetzt jedoch ab, da sie unterdessen, veranlaßt durch das Festhalten der Nationalliberalen an Lautenschlager, sich für den Oberbürgermeister Reck entschieden hat und diesen nicht plötzlich preisgeben will.“

Zur Privatbeamtenversicherung.

Die Regierung scheint jetzt den Gedanken aufgegeben zu haben, das Privatbeamtenversicherungsgesetz noch im gegenwärtigen Reichstage zur Erledigung zu bringen. Nach Mitteilung einer offiziösen bedienten Korrespondenz ist der Entwurf vom Bundesrate noch nicht verabschiedet worden. Die ursprüngliche Absicht, die Vorlage gleich beim Zusammentritt des Reichstages einzubringen, sei mißlin aufgegeben. Es scheint danach nicht mehr der Plan zu bestehen, das Gesetz in der Tagung bis Pfingsten überhaupt noch zur Beratung zu stellen. Nach einem Hinweis auf die Reichsversicherungsordnung, das Gesetz für die elsass-lothringische Verfassung und den deutsch-schwedischen Handelsvertrag heißt es in der Mitteilung: „Auf jeden Fall aber dürfte die Vorlage demnächst der öffentlichen Kritik unterbreitet werden, so daß in den kommenden Sommermonaten den beteiligten Kreisen ausreichende Zeit gegeben ist, zu allen Einzelheiten Stellung zu nehmen.“

Einigung über Elsaß-Lothringen.

Über die Frage der Zusammensetzung der Ersten Kammer für Elsaß-Lothringen ist in den vertraulichen Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Reichstag eine Einigung zustande gekommen. Danach soll diese Kammer bestehen aus 6 Vertretern der Landgemeinden (nach dem Entwurf 3), 2 Vertretern der Handwerkskammern (1), 4 Vertretern der Handelskammer (3), im übrigen nach den Vorschlägen der Regierung aus 4 Vertretern der Städte, 5 Vertretern der kirchlichen Gemeinschaften, 1 Vertreter der Universität Straßburg und 1 des Oberlandesgerichts in Colmar, also insgesamt 23 Mitgliedern gegen 18 des Entwurfs. Dazu kämen noch ebensoviel vom Kaiser zu ernennende Mitglieder. Man glaubt, daß die Parteien an dieser Grundfrage der Verständigung festhalten werden. Für diesen Fall dürfte dann auch das Wahlgesetz die Kommission ohne Schwierigkeiten passieren.

Der elsass-lothringische Verfassungsentwurf wurde heute morgen von der Kommission des Reichstags mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Schluß in Straßburg.

Der elsass-lothringische Landesausschuß ist am Dienstag auf Grund einer kaiserlichen Kabinettsorder geschlossen worden, obwohl die dem reichsländischen Zwitterparlament vorgelegten Gesetzesvorlagen nicht erledigt worden sind. Wenn der Schluß trotzdem erfolgt, so offenbar aus dem Grunde, weil die Regierung mit der Opposition nicht mehr fertig werden kann. Darum besteht für sie ja auch die brennende Notwendigkeit der Verfassungsreform; sie will einen andern Landtag bekommen. In jüngster Zeit verschärfte sich die Opposition nun noch erheblich, und es kamen zwei besondere Anlässe hinzu, die es der Regierung ratsam erscheinen ließen, die Bude zuzumachen. Der eine lag in folgenden Vorgängen: Der Polizeipräsident von Metz, Baumbach v. Raimberg, hat durch den Kreisdirektor von Straßburg-Land, Freiherrn v. Gemmingen, dem Landesausschußabgeordneten Justizrat Blumenthal, dem Bürgermeister von Colmar, eine Duellforderung übermitteln lassen. Die Ablehnung dieser Forderung hat zu scharfen öffentlichen Auseinandersetzungen Anlaß gegeben. Das Präsidium des Landesausschusses hat auch in diesem Falle völlig versagt. Da nun noch der Abgeordnete Welterle erklärte, daß zwei Beamte, die Unterstellungen begangen, es zu eilig gehabt hätten, sich das Leben zu nehmen, durch eine Pistolenforderung an die Abgeordneten, die sie angegriffen, hätten sie wahrscheinlich ihre Ehre, wie es jetzt Mode zu werden scheint, wiederhergestellt, haben die Herren v. Baumbach und v. Gemmingen in dieser Gleichstellung ihrer Duellforderung mit den Unterstellungen zweier ungetreuer Beamten eine „Nichtswürdigkeit“ gesehen und haben in einer öffentlichen Erklärung dagegen protestiert, ebenso aber auch gegen das Verhalten des Abgeordneten Blumenthal, das eines Ehrenmannes unwürdig sei, und gegen das völlige Versagen des Landesausschußpräsidenten. Der zweite Anlaß lag in der feinerzeit mitgeteilten Rede des Abgeordneten Weber über die Wahl-

kreiseinteilung. Auch hier schnitt die Regierung schlecht ab. Und so schickte sie den Landesausschuß nach Haus! Ob er nochmals zusammenkommen wird, hängt vom Ausgang der Verfassungsverhandlungen im Reichstage ab.

Menschenfresserei in Südkamerun.

Wir lesen in der deutschsüdwestafrikanischen Zeitung „Der Südwestbote“:

Die Strafexpedition, die vor einiger Zeit in Südkamerun gegen den Stamm der Südbaka ausgeschickt worden ist, hat sehr interessante Beobachtungen gemacht, die jetzt bekannt werden. Bei den Maka ist heute die Menschenfresserei noch vollständig im Schwange. Das Menschenfleisch bildet sogar ihre Hauptnahrung, und zum Unterschiede von anderen Stämmen verschonen sie auch ihre eigenen Toten nicht, sondern verzehren sie ohne Scheu. Von anderen Stämmen werden Personen eingekauft, in Sklaverei gehalten, gemästet und hierauf — nicht etwa unter besonderen Zeremonien — geschlachtet und verpeißt. Nur den wohlhabenderen Mitgliedern bietet sich immer die Möglichkeit, über frisches Menschenfleisch zu verfügen, die ärmeren müssen sich damit begnügen, das Fleisch erschlagener Feinde zu verwenden. Der Person, welche genügend Fett angesehen hat, um zum Schlachten reif zu sein, wird an dem Tage, an dem sie fällig wird, verkündet, daß sie jetzt sterben müsse. Der Betreffende wird nun gleich einem Stück Vieh gefesselt, aus seinem Gewahrsam geschleppt und ohne viel Umstände zu einem Schlachtdack geführt, wo er durch einen Beißschlag in den Nacken getötet wird. Vorzugsweise werden dann als besondere Delikatesse das Hirn und die Augen genossen; die fetten Fleischteile röstet man am offenen Feuer. Die „minder schmackhaften“ Partien unterzieht man einer Art Räucherprozess. Die Getränke bei den Makas sind erklärlich durch den Umstand, daß ihr Land an Fleisch äußerst arm ist und sich weder Wild noch Fische vorfinden. Aus diesem Grunde kam die Anthropophagie bei ihnen, nachdem sie vor etwa 20 Jahren stark im Abnehmen begriffen war, wieder in Blüte. Die Strafexpedition, die gegen den Stamm ins Werk gesetzt wurde, hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Jeder Fall von Menschenfresserei, der zur Kenntnis der Kolonialbehörden gelangt, wird mit dem Tode bestraft — ein milder strenges Rechtsmittel würde wenig Eindruck machen.

Wir bezweifeln sehr stark, daß hier die Todesstrafe die einzig richtige Strafart ist. Dadurch wird man unserer Meinung nach die Menschenfresserei auch nicht aus der Welt schaffen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 11. Mai.

Wegen der Maifeier sind Differenzen in der Wandfließfabrik Dänischburg (Villroy u. Koch) ausgebrochen, deshalb ist der Betrieb für Schlosser, Dreher, Maurer, Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen gesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Achtung, Tapezierer! Die Tapeziererhilfen Lübecks befinden sich wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen im Ausstand. Zugang nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Achtung, Maler! Über die Werkstellen Hargus, Dirks u. Meier, Westphal und Grabau in Travemünde ist die Sperre wegen Nichtanerkennung des Tarifes verhängt worden. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten.

Die Maifeierkarten sind möglichst bis Montag, den 15. d. M., im Parteisekretariat abzurechnen.

Der Sozialdemokratische Verein hielt gestern abend im Gewerkschaftshaus eine Versammlung ab, die ziemlich gut besucht war. Die Versammlung ehrte zunächst das Andenken der verstorbenen Genossen Peuß, Böhle und der Genosin Böhle durch Erheben von den Sichen. Dann hielt Genosse Bromme einen reichlich einleitenden, sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über Bethmann-Hollweg's Politik, in dem er die volksfeindliche Haltung und die volksfeindlichen Handlungen des gegenwärtigen Reichskanzlers einer scharfen Kritik unterzog. Eine Debatte schloß sich nicht an das Referat. Auf Antrag des Vorstandes wurde beschloffen, Ende Oktober d. J. gemeinschaftlich mit dem Gewerkschaftskartell einen vier Abende umfassenden Unterrichtskursus zu arrangieren, in dem Dr. Duncker-Stuttgart das sozialdemokratische Programm behandeln wird. Beim Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ nahm Genosse Dr. Schlomer das Wort, um in längerer Ausführungen, darauf hinzuweisen, daß die Leitung der Arbeitergärten vom Roten Kreuz anscheinend darauf hingewirkt, den zahlreichen Arbeitern, die solche Gärten gepachtet haben, sogenannten Patriotismus und Zufriedenheit einzuimpfen. Das hätte man so recht deutlich beim letzten Gräberfest beobachten können, wo man hochgestellte Personen anhoche und nachher so tat, als ob mit der Pachtung eines Gartens für den Arbeiter die soziale Frage gelöst sei. In der sich hieran anschließenden Aussprache war man einmütig der Ansicht, daß gegen die Pachtung der Gärten vom Roten Kreuz, für die ja die Hanseatische Versicherungsanstalt die auch von Arbeitern mitaufgebrachten Gelder hergibt, sich nichts einzuwenden ist. Kein aufgefälschter Arbeiter sollte sich jedoch zu irgendwelchen patriotischem Klimbim gebrauchen lassen, sondern denselben streng meiden. Weiter wurde es scharf kritisiert, daß noch sehr viele Parteigenossen, entgegen den Parteitagbeschlüssen, Mitglieder der Guttemplerlogen sind, in denen ihr Augenmerk von der Partei- und Gewerkschaftsarbeit abgelenkt werde. Abstinente Arbeiter gehören in den Arbeiter-Abstinentenbund. Gewünscht wurde, es möchte einmal in einer Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins über das Thema „Guttemplerlogen und Arbeiter-Abstinentenbund“ ein Referat gehalten werden. Schließlich wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß noch diverse Bücher, die anlässlich des letzten Rühlfestkurses bestellt wurden, von ihren Bestellern nicht abgeholt worden sind. Dies muß nunmehr möglichst bald geschehen. Dann erfolgte Schluß der Versammlung.

Der Bürgerausschuß verwies in seiner gestrigen Sitzung die Senatsvorlage betr. Errichtung eines Dienstgebäudes für das Polizeiamt und Stadt- und Landamt an eine sozialistenreine siebengliedrige Kommission. Für eine Fortsetzungskommission nach Neu-Guinea wurden 1000 Mk. bewilligt, desgleichen 3500 Mk. für die Herstellung einer Meerwasser-Warmwasserheizung für das Erdgeschoss des Herrenhauses in Krempeisdorf, 580 Mk. für die Instandsetzung der Bezirkschullehrerwohnung in Harnsdorf. An eine Kommission verwiesen wurde der Entwurf eines Gesetzes, des

treffend besondere Bau- und Bauvorschriften für das Strandgebiet Travemünde. Der Bürgerausschuß beschloß, den von der Bürgerchaft angenommenen Antrag, die Bürgerchaft wolle den Senat bitten, in Erwägung zu ziehen, ob nicht mit Rücksicht auf die im Laufe der letzten Jahre wesentlich gestiegenen Kosten der Lebenshaltung eine Aufbesserung der Bezüge von Gehalts- sowie von Witwen- und Waisengeldempfängern eintreten kann, an den Senat zu richten.

Zum Abwechselfampf der Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Firma Willeroy u. Söhne in Dänischburg. Bekanntlich feierten 200 Arbeiter und Arbeiterinnen obiger Firma den 1. Mai durch Arbeitsruhe. Am 2. Mai folgte dann die Entlassung derselben. Die Firma hat sich nun bemüht, für die Entlassenen Ersatz zu schaffen, und sind auch bis jetzt drei Streikbrecherkolonnen, insgesamt zirka 50 Mann an der Zahl, in Dänischburg einmarchiert, welche vom Betrieb in volle Verpflegung genommen worden sind; sie haben bis heute den Betrieb auch noch nicht verlassen dürfen. Wie dafür gesorgt wird, daß der Betrieb mit „nützlichen Elementen“ versehen wird, dafür ein Beispiel. Am letzten Sonnabend erschienen in dem Bureau des Fabrikarbeiterverbandes die in den letzten Tagen vom Schwurgericht freigesprochenen, des Landfriedensbruchs angeklagten Klausreißer und Arbeitswilligen der Werkstattsperre und erklärten, daß der Pastor Müller sie nach der Rechtsauskunftsstelle auf der Parade geschickt habe; hier hätten sie 50 Pfennig Gehrgeld und 80 Pfennig Fahrgehalt zu einer Fahrkarte nach Dänischburg erhalten mit dem Versprechen, nun möchten sie dort hingehen und arbeiten. Ein Beweis, wie von allen Seiten für die Firma gearbeitet wird, um einen Ersatz für die auf Straßenpflaster geworfenen Arbeiter und Arbeiterinnen zu schaffen. Bezeichnend ist es aber, daß man auf der Parade die Teilnehmer an den Krawallen bei Pils für würdig erachtet, auch weiter in Lübeck Streikbrecherdienste zu leisten. Staatlich ausgehaltene Rechtsauskunftsstelle und Streikbrechervermittlung, wie reinigt sich das zusammen? Im weiteren prangt auch ja im hiesigen „General-Anzeiger“, welcher ja bekanntlich Klausreißervermittlung betreibt, seit mehreren Tagen ein großes Inserat, in dem als Ersatz für das entlassene Personal Arbeiter und Arbeiterinnen gesucht werden; auf Wunsch werden dieselben auch in Kost und Logis genommen. Nun, es ist ja bereits oben erwähnt, daß schon 50 Männer in Kost und Logis in der Fabrik sind; es fehlen wohl nur noch dieselbe Anzahl Frauen, dann wäre das Leben jedenfalls etwas interessanter als jetzt. Auch hat sich die Firma noch einen weiteren Trick ausgedacht, nämlich durch die Meister werden die einzelnen Arbeiter benachrichtigt, einmal in der Fabrik zu erscheinen; hier wird ihnen denn auch zunächst ein liebevoller Empfang bereitet und dann erhalten sie die Qualifikation Meister und das Geschäft ist gemacht. Leider hat sich, wie heute feststeht, einer gefunden, der dieses traurige Anerbieten angenommen hat und somit seinen Klassengenossen in den Rücken gefallen ist. Hoffentlich wird der zweite die Feuerprobe bestehen und dem Rufe nicht folgen. Von Seiten der Organisation ist versucht worden, die Sache im guten zu regeln, was aber bis dato nicht gelungen ist. Am Dienstag wurde vom Direktor zu Mittwoch eine Verhandlung mit dem Organisationsleiter und einer Kommission der Entlassenen in Aussicht gestellt; Mittwoch früh traf jedoch folgendes Schreiben von Dänischburg ein:

„In Bestätigung meiner Äußerung am Telephon und nach abermaliger reiflicher Erwägung aller bisherigen Vorgänge komme ich zu dem Schluß, daß es mir nicht möglich ist, Ihnen den Zutritt zu meinem Betriebe zu gewähren, nachdem Sie unvorhergesehen erklärt haben, daß wir uns künftig als Feinde gegenüberstehen würden. Was die übrigen Punkte unserer Unterhaltung anbetrifft, so bin ich gerne bereit mit den Arbeitern zu verhandeln, welche zur Arbeit antreten wollen, bedarf aber zu diesen Unterhandlungen keiner Vermittler.“

Dieses Schreiben zeigt einerseits, auf welchen Herrschaftspunkt sich die Diktation stellt, und andererseits wie wenig der Herr Direktor Dubs von der Wandplattenfabrik Dänischburg auf sein Wort gibt, indem er in wenigen Stunden die Sache in ein anderes Fahrwasser lenkt, anstatt seine erste Aussage hochzuhalten, wobei es jedenfalls zu einem friedlichen Abschluß gekommen wäre. Wenn es der Herr Direktor nicht überwinden kann, daß wir uns als Feinde gegenüberstehen, so ist das ja ganz logisch, denn wenn zwei Parteien einen Kampf führen, so sind es immerhin Feinde, und es kann diese Gegnerschaft leicht aus der Welt geschafft werden, wenn die Diktation entgegenkommen zeigt. Es ist nun am gestrigen Tage eine Kommission zu einer Verhandlung zugelassen worden, die aber mit einem negativen Resultat zurückkam, das völlig unannehmbar war für die Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Diktation erklärt nämlich, daß sämtliche gegenwärtig im Betriebe beschäftigten Arbeitswilligen in ihrer Stellung verbleiben sollen; die Entlassenen werden nach Maßgabe des Bedarfs von den Meistern einzeln eingestellt. Man sind bei dem ersten Punkt nicht alle gemeint, die augenblicklich dort beschäftigt werden; die reisenden Arbeitswilligen-Kolonnen von August Müller will der Fabrikleiter gerne los sein mit Ausnahme von 5-6 Mann, welches „brave Arbeiter“ nach Aussage des Direktors sind. Also hier steht fest, daß auch die Diktation schon ein Haar in der Suppe gefunden. Diese nützlichen Elemente scheinen das nicht zu leisten, was der Direktor vorausgesehen hat und somit können dieselben auch uns im Kampf nicht schaden und wenn noch 10 solche Kolonnen ihren Einzug in den Betrieb halten. Deshalb Arbeiter und Arbeiterinnen, bewahrt auch ferner den guten Geist wie bisher, denn ein derartiges schändes Angebot, welches wie eine Verhöhnung der organisierten Arbeiterschaft aussteht, brauchen wir nicht hinzunehmen. Wohl sind die organisierten Arbeiter stets diejenigen gewesen, die wenn ein annehmbares Angebot gemacht wurde, die Hand zum Frieden geboten haben. Das ist hier aber ausgeschlossen. Deshalb Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Willeroy und Söhne, es ist Euch dieser Kampf aufzubringen, Ihr befindet Euch in der Abwehr; führt den Kampf jetzt mit verdoppelter Schärfe. Ihr habt die Hand zum Frieden geboten, sie ist von der Diktation zurückgewiesen, also der Kampf wird weiter geführt, schließt Euch fester zusammen, wirkt für die Interessen der Gesamtheit und der Sieg ist Euer.

Nützliches von der Lübecker Polizei. Ein kleiner Vorfall, der auf die Objektivität der Polizei ein helles Licht wirft, spielte sich am Dienstagabend am hiesigen Bahnhof ab. Als eine nicht dem Arbeiterstande angehörige, aber in der Arbeiterbewegung bekannte Frau die von Dänischburg kommenden Arbeitswilligen an die Pflicht der Solidarität erinnerte, trat ein Herr im blauen Anzuge hinzu und herrschte sie an: „Was wollen Sie von den Frauen?“ Und zu den vier Streikbrecherinnen: „Kommen Sie mal mit mir.“ So führte er sie in die Bahnhofshalle zurück. Unter stürmischen Rufen des augenscheinlich Beamten der Fabrik schienen sie vor bösem Einfluß bewahrt. Der böse Einfluß ließ sich aber nicht so schnell abhütteln, statt hier wanderten fünf Frauen mit Unter den Augen des blauen Herrn Rang wiederholt die einträgliche Mah-

nung an die Frauen: „Gehen Sie nicht zur Arbeit.“ Aber diese Dreifaltigkeit fingen Wit und Horn im blauen Herrn zu fochen an. „Also kommen Sie mit“, so pläzte es heraus. Und ohne sich, trotz Aufforderung, zu legitimieren zog er Frau S. mit sich fort. Ein energischer Protest nützte nicht viel, denn nun kam von hinten ein Stoß, von einer Männerhand geführt, die sich beim Umschauen als einem Schutzmann geblüht erwies. Da wurde endlich klar, daß der Schutzengel der Streikbrecherinnen nicht etwa ein Beamter der Fabrik, sondern — des Staats war. Auf dem Polizeibureau im Bahnhof wurde Frau S. notiert und den Arbeiterinnen klar gemacht, daß sie belästigt worden wären, was diese mit stummem Staunen aufnahmen. Wegen das hier nicht zu bezeichnende Benehmen und den anschließend im antilichen Verkehr mit Kramer und Hinnerbein erlernten Umgangston des Beamten, der es nicht einmal für nötig befunden hatte, sich zu legitimieren, ist sofort Beschwerde eingereicht, die — dürfen wir es wirklich hoffen? — solche Ausfährungen für die Zukunft verhindert. Aus dem letzten Landfriedensbruch-Prozess hat die Lübecker Polizei, wie es scheint, nichts gelernt — die Streikbrecher bleiben ihre Schöckinder.

Das Ergebnis der abgelaufenen Schwurgerichtsperiode. Am 14 Verhandlungstagen wurden 12 Straffälle abgeurteilt, in die 27 Personen verwickelt waren. Der Verurteilungs lautet bei einem Angeklagten wegen Mordes zum Tode und wegen Erpressung 2 Jahre Zuchthaus, wegen Falschmünzerei 9 Jahre Zuchthaus, 1/2 Jahre Gefängnis und zwei Freisprechungen (4 Personen), wegen Verleitung zum Meineid und Erpressung 6 Jahre Zuchthaus, 4 1/2 Monate Gefängnis (2 Personen), wegen Notzuchtversuchs 2 Jahre 1 Monat Zuchthaus, wegen Brandstiftung und Sachbeschädigung 3 Jahre 2 Monate Zuchthaus, wegen Landfriedensbruchs 5, 3, 1 1/4, zweimal 1 Jahr und viermal 9 Monate Gefängnis (14 1/4 Jahre Gefängnis und 3 Freisprechungen, 12 Personen), wegen fahrlässiger Körperverletzung 1 Jahr Gefängnis, wegen Meineids 1 Jahr Gefängnis, außerdem wurden freigesprochen 1 Angeklagter wegen Urkundenfälschung und Betrugs, 2 wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang und 1 wegen Brandstiftung. Macht zusammen: 1 Todesurteil, 22 Jahre 3 Monate Zuchthaus, 18 1/4 Jahre Gefängnis und 9 Freisprechungen.

Arbeiterverstoß. Dienstag vormittag verunglückte die auf der Brüggenschen Dampfmaschine beschäftigte Arbeiterin Frau Burmeister dadurch, daß ihr zwei Finger der rechten Hand in die Paktmaschine gerieten. Sie trug erhebliche Verletzungen an der Hand davon, sodas sie mittels Drochse in das Krankenhaus geschafft werden mußte.

Konkursöffnung. über das Vermögen des Kaufmanns (Zigarrenhändlers) F. K. Wohlers in Lübeck, Markt 3, ist am 10. Mai 1911, vormittags 11 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwält Mundt in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

ph. Verschwundenes Schmuckstück. Am Sonntag, dem 7. d. M., ist eine dünne, silberne, vergoldete Halskette mit einem massiven goldenen Anhänger vermutlich im Israelstorfer Gehölz abhandengekommen. Es wird vermutet, daß der Eigentümerin die Kette abgesehen ist, weil nicht zu erklären ist, auf welche Weise sie sonst verloren gegangen sein könne. Das Anhänger trägt auf der einen Seite das Datum 4. 3. 09 und auf der anderen Seite ein nicht näher zu beschreibendes mexikanisches Erinnerungszeichen.

ph. Verdrängung. Bei einem hiesigen Hafenarbeiter wurden 17 Felle von amerikanischen Buntelrauten (Opiumfelle) vorgefunden, über deren Erwerb er unglaubwürdige Angaben macht. Es dürfte nicht ausgeschlossen sein, daß diese Felle aus einem Schiffsdiebstahl herrühren. Der Arbeiter wurde festgenommen.

Die Buchhandlung „Vorwärts“ offeriert den Parteigenossen folgende drei elegant gebundene Werke zu Vorzugspreisen. Und zwar: „Die Finanzreform“ statt für 5 Mk., für 2 7/8 Mk. „Schippels Reichstagshandbuch“ statt 9 Mk. für 5 Mk. Die Tätigkeit der Sozialdemokratie im deutschen Reichstag von Aug. Bebel statt 5 Mk. für 2 50 Mk. Die Bücher sind nicht nur wertvolle Nachschlagewerke, sondern auch Fundgruben des Wissens für jeden im politischen oder gewerkschaftlichen Tageskampf stehenden Genossen. Bestellungen, die von Parteigenossen erfolgen, werden im Parteisekretariat entgegengenommen.

Hamburg. Zum Streik der Bäcker und Konditoren in Hamburg-Altona-Wandsbek. Seit dem Jahre 1898 haben die Hamburger Bäcker und Konditoren nicht mehr zur Waffe des Streiks greifen müssen, um sich ihre Forderungen zu erkämpfen. In den Lohndebattungen des letzten Jahrzehnts gelang es stets, ein friedliches Übereinkommen zu treffen, und die Entwicklung des Gewerbes hat infolge dieser Übereinkommen in genannten Stadtgebiete durchaus keinen Schaden gelitten. Sie hat vielmehr eine Höhe erreicht wie in keiner anderen Stadt Deutschlands. Die Hamburg-Altonaer Bäckereibetriebe sind heute mit wenigen Ausnahmen mit allen Mitteln der modernen Technik ausgerüstet und ihre Leistungsfähigkeit eine enorme. Aber auch an die Arbeiter werden in diesen Betrieben die höchsten Anforderungen gestellt und man kann es ihnen nicht verdenken, daß sie jetzt nach vierjähriger Tarifdauer und besonders im Hinblick auf die inzwischen eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung ihren Lohn zu verbessern trachten. Doch war für die Hamburger Bäcker und Konditoren dies noch nicht einmal die Hauptsache. Sie wollten einen freien Tag in der Woche haben. Bis jetzt hatten ihn nur die Arbeiter in Betrieben mit über fünf Gesellen. Sie forderten weiter die Achtstundenschicht in allen Betrieben mit Wechelschicht; eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf zehn oder neun Stunden werde betriebstechnisch viel größere Schwierigkeiten machen, bei achtstündiger Arbeitszeit kann der Betrieb ununterbrochen mit drei Schichten arbeiten. Außerdem sollen der Kost- und Logiszwang, der noch vereinzelt im Hause des Arbeitgebers anzutreffen ist, ganz beseitigt werden. Diesen prinzipiellen Forderungen gegenüber verhielten sich die Innungen, deren Führung ein Herr Blinkmann, im Nebenamt zweiter Vorsteher des Hamburger Stadt- und Staatsparlamentes, der Bürgerchaft, in Händen hat, nur wenig zugänglich. Für Betriebe unter fünf Personen wurde der freie Tag und für die Großbetriebe die Achtstundenschicht abgelehnt. Am hartnäckigsten verteidigten die Innungsführer merklichdigerweise die Großbetriebe, obgleich doch jede Arbeitszeitverkürzung in einem solchen den Kleinbetrieben nur nützen könnte. Für geringfügige Zugeständnisse in Bezug auf die Arbeitszeit, für die Gewährung einiger Tage Ferten in den Kleinbetrieben, und für eine ungenügende Lohnzulage leht und 1914 wollten sie einen Tarifabschluss bis zum Jahre 1916 haben oder sogar bis 1917 (!), wenn 1913 und 1915 Zwischenzulagen erfolgen. Für solche Angebote waren die Bäcker und Konditoren natürlich nicht zu haben und die Verhandlungen schiferten. Am Sonntag, dem 7. Mai, wurde darauf mit 1811 gegen 80 Stimmen beschlossen, sofort die Arbeit einzustellen. Bis zur Streikproklamation lagen schon 120 Bewilligungen für rund 700 Arbeiter vor und am 10. Mai hatten bereits 900 Betriebe mit zirka 1200 Beschäftigten kapituliert. Darunter befinden sich auch mit wenigen Ausnahmen die Profabriten. Um den Streit wird allerdings ein härterer Kampf geführt werden

müssen und deshalb wird dringend ersucht, jeglichen Bezug von Wädem und Konditoren in das ganze hiesige Gebiet auf das strengste fernzuhalten!

Hamburg. Flammenlober einer Gressin. Auf eine entsetzliche Weise hat die Schwiegermutter des Carl-Allee 87 wohnenden Kaufmanns Arkel am Mittwoch vor-mittag ihren Tod gefunden. Die 55 Jahre alte Frau wurde von ihrem Schwiegersohn, in Flammen geblüht, in brennenden Bett gefunden. Der Kaufmann erstreckte rasch die Flammen und ließ einen Arzt holen, doch starb die Gressin, die schwere Brandwunden erlitten hatte, nach zwei Stunden. Wie das entsetzliche Unglück geschah, ist noch nicht genau festgestellt, man nimmt an, daß die alte kranke Frau ein Streichholz angezündet hat, dieses ihren zitternden Händen entfallen ist und das Bett in Brand gesetzt hat. Ein Knabe ertrunken. Am Dienstag spielte der vierjährige Knabe Georg Friedrich Meß am Stichtanal mit einem anderen Knaben, dem er seine Schaufel geliehen hatte. Als der Spielkamerad die Schaufel des Meß ins Wasser warf, wollte der kleine Meß sein Eigentum wieder haben, bog sich über den Rand des Kanals, fiel ins Wasser und ertrank. Die Leiche des Knaben wurde bald darauf geborgen und in die Wohnung der Eltern, Hinrichsenstraße 10, gebracht.

Bergeborf. Die vom Blitz entzündete Erdgaslampe. Bei dem Wetter, das Dienstagabend hier niederging, schlug ein Blitz in den Bohrtopf der Erdgasquelle in Neucammme ein, wodurch das Erdgas entzündet wurde. Mehrere Feuerwehren eilten zur Brandstelle und es gelang ihnen, das Feuer zu löschen. Die Holz- und Bekleidung des Bohrtopfes ist durch die Flammen unerheblich beschädigt.

Tschehe. Großfeuer. Das Waldrestaurant Klosterbrunnen (Pächter Boie) brannte in der Nacht zum Mittwoch nieder. Auf dem Fußboden, wo das Feuer auf unbekannt Weise zum Ausbruch kam, lagerte viel Heu und Stroh. Das hintere Stallgebäude wurde von der Feuerwehr gerettet, ebenfalls ein Teil des Mobiliars. In dem Wirtschaftsgebäude wurden größere Erneuerungsarbeiten vorgenommen.

Bürgertafel.

Zu Lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamt angenommen:

Schlachtermeister Ahrendt in Schlutup. Arbeiter Bahr. Ziegelmeister Weitel. Arbeiter Brandt. Arbeiter Bunt. Bäckermeister Wähling. Lagermeister Daik. Feuerwehrmann Deuschmann. Erbpächter Ebler. Barbier und Friseur Eblers. Eisenbahnwagenführer Evert. Schuhmacher Fehlaue. Ingenieur Fick. Geschäftsführender Gasmann. Arbeiter Gerber. Arbeiter Gitorst. Mechanikergehilfe Gollwiger. Arbeiter Gottleben. Patent-Agent Graefe. Bäckergehilfe Gutheil. Tischlergehilfe Haase. Bezirksschullehrer Gasemann in Harnsdorf. Arbeiter Henen. Zimmer-gehilfe Heuer. Arbeiter Hey. Arbeiter Höpner. Arbeiter Hübsch. Privatmann Japp. Viertelhufer Lejow in Dicksdorf. Erbpächter Meß in Krempeledorf. Arbeiter Meßerschmidt in Moorgarten. Arbeiter Meßborg. Erbpächter M. C. H. Meyer in Krempeledorf. Kaufmann Mitterhufen. Eisenbahn-Wagenführer Möller. Maurergehille Niemann in Dissa. Straßen-Kontroll. Oldenburg. Arbeiter Bagels. Arbeiter Böhts in Russe. Telegraphenarbeiter Scheel. Kleinwerner und Mechaniker Schley in Schlutup. Handlungsgehilfe Schmal. Schuhmacher Schmidt. Höfer und Flaschenbierhändler Schmoor. Arbeiter Schmöler. Praktischer Arzt Dr. med. Schnoor. Tischlergehille Schöning. Schneider Schroeder in Kücknis. Pantoffelmacher Stamer. Arbeiter Stodola in Krempeledorf. Straßenbahnwagenführer Tardel. Arbeiter Törper. Eisenbahnwagenführer Unruh in Moßling. Arbeiter Voss. Vierfuhrmann Voss. Tapeziergehille Vielgraf. Arbeiter Warnk. Arbeiter Wegner. Lagerhalter Werner. Arbeiter G. J. Wiek in Moorgarten. Arbeiter C. F. Wiek in Moorgarten. Schiffszimmer-gehille Wiese.

Sie haben am 29. April 1911 vor dem Senate den Bürgereid geleistet.

Aus dem Gerichtssaal.

Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Dortmund verurteilte gestern Abend nach zweitägiger Verhandlung den 23-jährigen Koksarbeiter Franz Jakubowitsch aus Weitrau bei Bochum, der am 24. Januar dieses Jahres den Koksarbeiter Hober aus Wiemelshausen bei Dorpfeld ermordete und beraubte, zum Tode.

Unterichlagungen in einem Kreditverein. Nach mehr-tägiger Verhandlung gegen drei frühere Angestellte des Kreditvereins Daßloch (Pfalz) fällt die zweite Strafkammer des Landgerichts Frankenthal folgendes Urteil: Jakob Diek wegen Untreue, Unterschlagung und Urkundenfälschung fünf Jahre sechs Monate Gefängnis, 1000 Mk. Geldstrafe oder weitere 10 Tage Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust, Ernst Schmidt wegen Untreue, Vergehens gegen das Genossenschaftsgesetz und Beihilfe zwei Jahre sechs Monate Gefängnis und 500 Mk. Geldstrafe oder weitere 50 Tage Gefängnis, Paul Friedrich Hand-schuh wegen Vergehens gegen das Depotgesetz drei Monate Gefängnis.

Putativnotwehr nahm das Oberkriegsgericht in Nürnberg zugunsten zweier Unteroffiziere an, die sich wegen schwerer Körperverletzung und Mißbrauchs der Waffe zu verantworten hatten. Die Unteroffiziere Dauer und Falch hatten im Herbst vorigen Jahres in Ingolstadt mit der blanken Waffe auf Zivilisten eingeschlagen und zwei derselben schwer verletzt. Die Rohlinge gaben an, ihnen sei von den Zivilisten zugerufen worden: „Sie besoffener Lacker!“ Auch seien sie verfolgt und bedroht worden. Sämtliche Zeugen stellten das aber in Abrede. Das Kriegsgericht hatte die beiden zu je 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Hiergegen war vom Gerichtsherrn, dem die Strafe zu niedrig schien, Berufung eingelegt worden. Das Oberkriegsgericht sprach die Angeklagten jedoch frei mit folgender famosen Begründung: „Die Angeklagten haben sich zwar objektiv nicht in Notwehr befunden, allein es ist nicht zu widerlegen, daß sie glaubten, sie seien in Notwehr gewesen!“ Mit dieser Argumentation kann man jeden militärischen Rowdy, der mit seiner vom Spitzknapack bezahlten Waffe auf unbewaffnete Zivilisten einschlägt, freisprechen.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Vollstein. Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes. **Hamburg, 10. Mai.**

1. Klasse 488 Drittel zu 114,88 Mk. im Durchschnitt.
2. Klasse 45 110,28 Mk.
Unverkauft blieben — Tonnen.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Schmidt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellingsma, Verleger: E. B. Schmarh. Druck: Friedr. Meiser u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Unsere Schlager in braunen Schuhwaren!



„Marke Condor“

ist
unstreitig
das modernste, beste und billigste
Fabrikat!

Verlangen Sie unseren reich illustrierten
„Saison-Katalog“ gratis und franko.

Bereits von **6⁷⁵** an liefern wir

braun echt Chevreau Damen-Schnürstiefel in eleganten
Paßformen

braun echt Chevreau Damen - Schnürstiefel **7⁵⁰**
mit Lackkappen — extra preiswert

braun echt Chevreau Damen - Schnürstiefel in **8⁵⁰**
breit. mod. Form. — beliebte Promenadenstiefel 10.50

braun echt Chevreau Damen - Schnürstiefel **10⁵⁰**
Derbyschnitt m. Lackkapp., amerik. Form u. Absatz

ff. braun Chevreau Damen - Schnürstiefel in **12⁵⁰**
Original-Goodyear-Welt-Ausführ., m. u. ohne Lack-
kapp. — auch in Derbyschnitt — letzte deutsche,
franz. u. amerik. Formen . . . 18.50 16.50 14.50

ff. braun Boxkalf Damen-Schnürstiefel Origin.- **14⁵⁰**
Goodyear-Welt mod. amerik. Form

braun Chevreau Damen Mode-Halbschuhe mit **6⁷⁵**
u. ohne Lackkappen — auch in Derbyschnitt —
graziöse Formen 12.50 10.50 8.50 7.50

Bereits von **8⁵⁰** an liefern wir

braun echt Chevreau Herren-Schnürstiefel in modernen
schlanken Passons

braun echt Chevreau Herren-Schnürstiefel m. **9⁵⁰**
Lackkappen — unerreicht preiswert

braun echt Chevreau Herren-Schnürstiefel — **10⁹⁰**
Derbyschnitt — hochmoderne schlanke Form . .

ff. braun Chevreau Herren-Schnürstiefel in „Ori- **12⁵⁰**
ginal Goodyear-Welt“-Ausführung, mit und ohne
Lackkappen — auch in Derbyschnitt — hocheleg.
schlanke und breite amerik. Formen . . . 16.50

ff. braun Boxkalf Herren-Schnürstiefel „Original **12⁵⁰**
Goodyear-Welt“, mod. amerik. Formen, beliebte
Touristenstiefel 16.50

Mädchen- und Knabenstiefel

	Gr. 25-26	27-28	29-30	31-33	34-35
braun echt Chevreau	4.75	5.25	5.75	6.25	6.75
Dieselb. m. Lackkappen	5.25	5.75	6.25	6.75	7.25
ff. braun Boxkalf hochapart	6.50	7.00	7.75	8.50	9.25

Conrad Tack & Cie.

Schuhfabrik
Burg b. M.
125
eigene Filialen.

Verkaufshaus Lübeck: Breite Strasse 47.



Mittwoch vormittag 9^{1/4} Uhr entschlief nach kurzer schwerer
Krankheit meine innigstgeliebte Frau, meiner 3 kleinen Kinder herzogs-
gute Mutter

Agnes Meyer, geb. Boldt,

im 35. Lebensjahre. In tiefer Trauer
Schwart. Allee 33 35. **Bruno Meyer** nebst Angehörigen.
Die Beisetzgung findet Freitag nachmittag 1^{1/2} Uhr von der
Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus statt. Trauerfeier 1^{1/4} Uhr.

Mittwoch nachmittag entschlief
nach kurzer schwerer Krankheit
meine liebe Frau, meiner Tochter
gute Mutter, unsere liebe Schwester
und Schwägerin

Klara Weitendorff, geb. Menzel,
im 30. Lebensjahre. Schmerzlichst
vermisst von den Ihrigen.

Heinr. Weitendorff u. Familie.
Zweite Ochsenkoppel 7 a.

Die Beerdigung findet am Sonn-
abend, dem 13. Mai, nachmittags
4^{1/4} Uhr, von der Leichenhalle Vor-
werk statt.

Sozialdemokratischer Verein

Am Mittwoch verstarb im Kind-
bett unsere Genossin

Frau Klara Weitendorff.
Zweite Ochsenkoppel 7 a.
Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonn-
abend nachmittag 4^{1/4} Uhr auf dem
Vorwerker Friedhof statt.

Die Genossinnen und Genossen
sammeln sich 4^{1/4} Uhr am „Weißen
Sitz“.

Der Vorstand.

**Verband der
Fabrikarbeiter Deutschl.**
Zahlhülle Lübeck.

Nachruf.

Am Montag, dem 8. Mai, starb
unser Mitglied, der Kollege

Paul Lis.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Frei-
tag, dem 12. Mai, nachm. 3 Uhr,
vom Sterbehause, Marktstraße 33,
aus statt.

Am recht zahlreiche Beteiligung
erzucht
Die Ortsverwaltung.

Gr. Burgstr. 23.



Sämtliche Reparaturen
an Fahrrädern und Nähmaschinen
aller Systeme werden in kürzester Zeit
bei billiger Berechnung prompt
ausgeführt.

Sämtliche Ersatz- u. Zubehörteile
stets am Lager.

Heinr. Körner,
Gr. Burgstr. 23.
Fernruf 1685.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Kohlm.
Markt 4 **10**

sind vorteilhaft bekannt durch
gute Verarbeitung u. sehr billige
Preise. U. a.:

Lederhosen . . . 2.20—6.45
Maurerhosen . . . 2.60—6.75
Schloßhosen . . . 1.88—5.25
Überziehhosen . . 1.08—2.35
Zwirn-Hosen . . . 1.68—3.25
leimene Jacken, schräge u. gerade,
1.28, Rafen, Hemden, Schlachter-
jacken, Krüsjurjacken, Malermäntel
eritaunlich billig. Rüfen von 30
Bf. bis 1.88 Mf. Note Subcan.

Gut erhaltene

Transmission
billig zu verkaufen.

Johannisstraße 46.

Kenner behaupten
mit Recht:

Malzol

echter ärztlich empfohlener **Malz-
kaffee** ist in Qualität unerreicht,
an Billigkeit durch die nützlichen
Zugaben unübertroffen.

Vertretung und Lager:

Hans Wilms.
Fernsprecher 2065.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

c. G. m. b. H.

Die Eröffnung
unserer

Warenabgabestelle 16, Malente—Gremsmühlen

findet am Freitag, dem 12. Mai 1911, statt.

Unsere neuen Mitglieder bitten wir, durch Prüfung
nachstehender Preise, sich von unserer Leistungsfähigkeit,
die wir nur durch den Zusammenschluss so vieler, über
4000 Konsumenten erreicht haben, zu überzeugen und bringen
uns gleichzeitig unseren bisherigen Mitgliedern in empfehlende
Erinnerung.

Wir empfehlen in nur guter Qualität:

Streuzyucker . per Pfd. 22 ^{1/2}	Griess, Hart- u. Kinder- per Pfd. 24 ^{1/2}
Kristallzucker " " 22 ^{1/2}	Reis, Bruch . . . " " 14 ^{1/2}
Würfelzucker " " 24 ^{1/2}	" Rangoon . . . " " 18 ^{1/2}
Brodenzucker " " 24 ^{1/2}	" Patna " " 24 ^{1/2}
Kandis 36 ^{1/2}	Buchweizengrütze " 20 ^{1/2}
Weizenmehl, Hausstands per Pfd. 16 ^{1/2}	Sago, echt ostindischer per Pfd. 32 ^{1/2}
Weizenmehl, bestes per Pfd. 18 ^{1/2}	Sago, Patent . . . " " 22 ^{1/2}
Reismehl 16 ^{1/2}	Nudeln, versch. " " 30 ^{1/2}
Kartoffelmehl " " 16 ^{1/2}	Nudeln, Faden " " 32 ^{1/2}
Preisselbeeren " " 38 ^{1/2}	Marmelade " " 30 ^{1/2}

Margarine per Pfd. 64, 70, 80 u. 90^{1/2}
Pflanzenmargarine „Palmato“ . . per Pfd. 84^{1/2}

Petroleum per Liter 18^{1/2}
Zündhölzer per Paket 25^{1/2}

Ausführliche Preisverzeichnisse sind in den Waren-
abgabestellen zu haben.

Auf sämtliche Preise erhalten die Mitglieder laut
Statut 3 Prozent Rabatt, der am Jahresschluss zur Aus-
zahlung gelangt, ein dann noch verbleibender Ueberschuss
wird nach Massgabe ihres Umsatzes an die Mitglieder
verteilt.

Die Unterschreibung einer Beitrittserklärung und
Zahlung von 50 Pfg. Eintrittsgeld berechtigt zur Ent-
nahme von Waren.

Der Geschäftsanteil beträgt 30 Mark, kann aber in
beliebigen Raten à 50 Pfg. einbezahlt werden und wird bei
einem etwaigen Austritt voll und ganz wieder ausbezahlt.

Die Erwerbung der Mitgliedschaft ist also äusserst
leicht gemacht, wer deshalb billig und doch gut einkaufen
will, der werde Mitglied des Konsumvereins.

Der Vorstand.

Die Reichsversicherungsordnung im Plenum des Reichstages.

III.

Die Wochenhilfe besteht nach dem Entwurf nur in einer einzigen obligatorischen Leistung, nämlich, wie bisher, in einem Wochenlohn. Die übrigen Leistungen, das Schwangerengeld, die Gewährung der Hebammendienste und ärztlichen Behandlung sowie das Stillgeld und Kur und Verpflegung in einem Wöchnerinnenheim ist in das Belieben der Kasse gestellt. Die Sozialdemokraten verlangten, daß auch die letzteren Leistungen der Kasse als Pflichtleistungen auferlegt und erweitert würden:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien und den Polen, dem Freisinnigen Traeger und dem Dänen Hausen. Ferner enthielten sich der Stimme die freisinnigen Abgeordneten Dr. Raumann-Hellbronn und Neumann-Hofer.

Die Freisinnigen beschränkten sich darauf, daß die dem Belieben der Kasse überlassenen Leistungen unverändert der Kasse als Pflicht auferlegt wurden.

Abgelehnt von den Kompromißparteien mit Ausnahme einiger Nationalliberaler.

Die Sozialdemokraten verlangten: auf Antrag der Wöchnerinnen oder deren Ehemannes hat die Kasse eine Hauspflegerin für die Zeit oder einen Teil derselben zu stellen, in der sie Schwangeren- und Wochenlohn zahlt:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Als Sterbegeld wird beim Tode des Versicherten das Zwanzigfache des Grundlohns gezahlt. — Die Sozialdemokraten verlangten, daß mindestens 60 Mk. gewährt werden müssen:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Das Sterbegeld wird nur gewährt, wenn eine Person, die Mitglied der Krankenkasse gewesen ist, binnen einem Jahre nach Ablauf der Krankenhilfe an derselben Krankheit stirbt und bis zum Tode arbeitsunfähig gewesen ist. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß das Sterbegeld unter den angeführten Voraussetzungen auch dann gewährt wird, wenn der Tod infolge einer anderen Krankheit eingetreten ist:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Nach Ablauf eines Jahres verliert der Kranke seinen Anspruch auf Sterbegeld. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß sich der Kranke seinen Anspruch durch einen geringen Beitrag erhalten darf:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Familienhilfe ist in das Belieben der Kasse gestellt. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Familienhilfe unbedingt gewährt werden muß:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Nach dem Entwurf sollen neben den allgemeinen Ortskrankenkassen und Landkrankenkassen auch noch besondere

Ortskrankenkassen, Betriebskrankenkassen und Innungs- krankenkassen zugelassen werden. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß für den Bezirk eines Versicherungsamtes nur eine Krankenkasse errichtet wird:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 10. Mai 1911.

171. Sitzung, Mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Debrück

Die Beratung der

Reichsversicherungsordnung

wird fortgesetzt bei § 249, der Bestimmungen für die Zulassung besonderer Ortskrankenkassen enthält.

Leber (ZD.): Wir beantragen, diesen Paragraphen zu streichen. Gerade die im Krankenkassenwesen erfahrenen Personen verwenden die besonderen Ortskrankenkassen. Auch der Allgemeine Krankenkassenkongress hat das getan. Der Regierungsentwurf schrieb als Mindestzahl einer besonderen Ortskrankenkasse im § 250 500 vor und gab im § 251 der obersten Verwaltungsbehörde die Befugnis, in Bezirken mit über 200 000 Einwohnern die Mindestzahl der Mitglieder auf 5000, in Bezirken mit über 500 000 Einwohnern auf 10 000 zu erhöhen. Diese Bestimmungen hat die Kommission gestrichen, die Mindestzahl auf 250 herabgesetzt und die Regierungsvorlage also noch erheblich verschlechtert. Wenn unsere Verbesserungsanträge abgelehnt werden, so wird hoffentlich die Regierungsvorlage wieder hergestellt.

Berichterstatter Horn (ML): Es handelt sich ja nur um das Weiterbestehen schon bestehender Ortskrankenkassen. Auch hat die Kommission in dem § 250 für die Herabsetzung der Mindestzahl der Mitglieder als Äquivalent die Bedingung für die Zulassung besonderer Ortskrankenkassen hinzugefügt: „wenn ihre Leistungsfähigkeit für die Dauer sicher ist.“

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.

Horn (ZD.): Die Ortskrankenkassen noch kleiner zu machen, als sie der Regierungsentwurf vorsah, ist ein starkes Stück. Wie kann man größere Leistungen der Kassen versprechen, wenn man sie leistungsunfähiger macht. Wir haben die Wiederherstellung der §§ 250 und 251 beantragt nach der Regierungsvorlage, da deren Zahlen doch nicht willkürlich geändert sind, sondern der Erfahrung entsprechen. Protestieren muß ich gegen die leichtfertige und unrichtige Behauptung des Referenten, daß der Zusatz im § 250, den er vorhin erwähnt hat, von der Kommission als Äquivalent für die Herabsetzung der Ziffer gedacht war.

Die §§ 250 und 251 werden unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge angenommen.

§ 253 sieht die allgemeine Ortskrankenkasse als gefährdet an, wenn ihr bei Zulassung besonderer Ortskrankenkassen nicht mindestens 250 Mitglieder verbleiben.

Ein Antrag Albrecht (ZD.) will hierfür, wie die Regierungsvorlage, 1000 setzen.

Wolkenbruch (ZD.): Ich bedaure, daß der Referent nicht auf die Vorwürfe des Abg. Hoch geantwortet hat. — § 253 ist ganz überflüssig, wenn die Kommissionssatzung bleibt, denn es muß schon sehr merkwürdig aussehen, wenn die Mitgliederzahl der Ortskrankenkasse bis auf 250 sinkt. Wer etwas von diesen Dingen versteht, muß darüber lächeln, was alles in ein soziales Recht hineingeschrieben wird. (Zustimmung bei den Soz.)

Berichterstatter Horn (ML): Ich muß mich entschieden gegen den Vorwurf der leichtfertigen Berichterstattung verwahren. Ich habe auf die zitierte Bestimmung im § 250

leblich als Äquivalent für die Herabsetzung der Mitgliederzahl hingewiesen.

Hoch (persönlich): Ich habe die Worte des Referenten so wiedergegeben, wie er sie gebraucht hat.

§ 253 wird in der Kommissionssatzung angenommen. § 257 enthält Bestimmungen über die Betriebskrankenkassen.

GmmeI (SD.): Wir beantragen, den § 257 und damit die Betriebskrankenkassen vollkommen zu streichen. Sollten Sie diesen Antrag ablehnen, so beantragen wir, dem § 257 die Fassung zu geben, „wo bei Inkrafttreten dieses Gesetzes Betriebskrankenkassen bestehen, die mindestens 500 Versicherungspflichtige Mitglieder haben, werden sie auf Antrag als Krankenkassen zugelassen, solange sie den Anforderungen des § 260 entsprechen“. Nun lehnen Sie ja unsere Anträge gewohnheitsmäßig ab, und deswegen beantragen wir noch für den Fall, daß Sie auch diesen zweiten Antrag ablehnen, als weiteren Eventualantrag die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, wonach mindestens 500 Versicherungspflichtige im Betriebe beschäftigt sein müssen, wenn eine Betriebskrankenkasse errichtet werden soll, und wonach die bezichtigten Versicherungspflichtigen vorher zu hören sind, und wir beantragen, hinzuzufügen, daß sie in geheimer Abstimmung durch Mehrheitsbeschluß ihre Zustimmung zu geben haben. Denn die Betriebskrankenkassen sollen doch die Interessen der Versicherten wahrnehmen. Bisher genügt zur Gründung einer Betriebskrankenkasse leider 50 Mitglieder. — Den Vorschlag der Regierung, diese Zahl auf 500 heraufzusetzen, hat die Kommission sehr wesentlich verschlechtert, indem sie die Zahl in 150 abänderte und für die landwirtschaftlichen Betriebe und die der Binnenschifffahrt sogar bis auf 50 heruntersetzte. In der Kommission schlugen wir vor, daß mindestens 1000 Beschäftigte im Betriebe vorhanden sein müssen, denn bei einer geringeren Zahl von Mitgliedern ist eine Kasse überhaupt nicht leistungsfähig. Von anderer Seite wurde vorgeschlagen, daß mehrere Betriebe ihre Beschäftigten zu einer Betriebskrankenkasse zusammenschließen können. Das würde den Ruin der Ortskrankenkassen bedeuten. Die Behauptung, daß die Betriebskrankenkassen die besten und leistungsfähigsten sind, ist falsch. Sie sind billiger als die Ortskrankenkassen, weil sie in gesundheitlicher Beziehung nur erstklassiges Material aufnehmen, während die Ortskrankenkassen alle von den Betriebskrankenkassen zurückgewiesenen aufnehmen müssen. In den Betrieben für Aufrechterhaltung der Betriebskrankenkassen wird behauptet, daß die zentralisierten Ortskrankenkassen auch eine

politische Gefahr

bilden. Das muß entschieden zurückgewiesen werden. Die Arbeiter haben auch ohnehin Gelegenheit genug, sich politisch zu organisieren. (Zehr wahr! b. d. Soz.) über die Leistungen der Betriebskrankenkassen hat die Generalkommission der Gewerkschaften eine Umfrage veranstaltet. Aus dem reichhaltigen Material trage ich einiges vor. Ein Vorstandsmitglied der Betriebskassen der kaiserlichen Werft in Kiel, zugleich Vorsitzender des Arbeiterausschusses, wurde entlassen, weil er es gewagt hatte, die Interessen seiner Mitarbeiter zu vertreten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Mit Vorliebe schieben die Betriebskassen alte und kranke Mitglieder ab, die dann die Ortskrankenkassen anheim fallen. Die Wahlen der Arbeitervertreter zu den Betriebskrankenkassen werden vielfach zur reinen Komödie herabgewürdigt. Dabei kommt es den staatsbehaltenden Herren auch auf einige Gesetzesverletzungen mehr oder weniger nicht an. (Hört, hört! b. d. Soz.) In einem Betriebe wurde eine Kasse errichtet, obwohl bei

nur fünf Arbeiter dafür stimmten.

(Leb. Hört, hört! bei den Soz.) Sogar vor Arglist schreckt man nicht zurück, um Arbeiter um ihre sauer verdienten Ansprüche zu bringen. Und Ärzte, Polizeiverwalter, Landräte, Staatsanwälte stehen diesen Praktiken hilfreich zur Seite

Die Dagabunden.

Von Karl v. Holtel.

(52. Fortsetzung.)

Sich farder zu üben, empfand er gar keine Lust. Fehlte ihm doch der Drang, Fortschritte zu machen, der ihn früher befehlte! Guillaume ließ ihn gehen, ohne sich weiter um ihn zu bekümmern; er fand, was Anton maschinenmäßig leistete, immer noch gut genug für ein Mitglied, welches keine Gage fordern durfte und sogar jene Ansprüche, die es auf freie Kost und Wohnung besaß, nicht geltend machte.

So verging der Winter. Eine seltsame Existenz, wie dieser Freund sie führte. Den ganzen Tag über im kleinen Gemach, lesend, lernend, schreibend, Violine spielend. — niemals ohne Beschäftigung, stets ohne menschlichen Umgang und Verkehr; nur seine Wirtin sah er, wenn sie ihm das spärlich bereite Mahl brachte. Des Abends, wie durch einen Zauberstab, in buntes Flitter gehüllt, zu Rosse, vor einer großen, lärmenden Menge, deren Anblick ihn immer wieder aufs neue betäubte, umrauscht von der schallenden Musik, deren Geschmetter ihm Kopfschmerz verursachte; — und eine Viertelstunde darauf wieder im stillen Gemach, wieder ein Buch zur Hand, wie wenn ihm nur geträumt hätte vom Reiter Antoine. Und dann, zur Nacht das einsame Lager, um welches wechselnde Gestalten der immer regen Einbildungskraft schwebten; Gestalten wie Otilie — die Großmutter — Laura, — bis auch diese verflohen, der einen Raum zu geben, die seiner Seele jetzt die nächste blieb, und ihm — ach, so fern!

Adele hatte seinen Brief nicht beantwortet. Des langen, peinvollen Harrens endlich müde, wendete er sich an Franconis mit der bittenden Frage, ihm Nachricht zu geben, ob Adele Sartour bei ihnen engagiert, oder ob sie wüßte, wo dieselbe sonst sei.

Umgehend lief die Erwiderung des Sekretärs ein: seine Direktion kenne und achte das allgemein anerkannte Talent der Demosifelle Sartour noch von ihrem früheren Engagement in Paris und müsse sehr bedauern, über ihren gegenwärtigen Aufenthalt nichts zu wissen, weil man bereit sei, ihr die vorteilhaftesten Anträge zu stellen.

Nun war die letzte Hoffnung dahin. Adele war ihm verloren; sie wollte es ihm sein. Das begriff er endlich. Sie war geflohen vor ihrer eigenen Liebe zu ihm, ehe noch seine dankbare Freundschaft für sie sich in Liebe verwandelt hätte! Je tiefer über dieses Weib er nachdachte, desto höher wuchs seine Achtung, desto wärmer aber auch seine Sehnsucht.

„Ich kann nicht Mundtreiter bleiben,“ sagte Anton vom Schmerz daneben gebeugt. „Lieber betteln! Ich kann nicht; ich will nicht.“

Er ging zu Guillaume, von diesem Entlassung zu erflehen. Guillaume erwiderte, zwar sei es nicht Gebrauch, daß ein Eleve vor Ablauf der bedingenen Lehrzeit davon gehe, „aber,“ sagte er, „da bei Ihnen abweichende Umstände vom Anfang unserer Bekanntschaft an zu erwägen sind, so will ich Sie nicht halten. Wir gehen von hier nach L. Dort werden Sie die Ostermesse noch mit durchmachen, — und dann ziehen Sie in Gottes Namen. Doch das muß ich Ihnen offen und ehrlich mit auf den Weg geben, Antoine: fahren Sie fort, sich zu vernachlässigen, wie Sie während unseres hiesigen Aufenthaltes getan, so wird nichts aus Ihnen, gar nichts.“

„Nun, wenn auch nichts, wie Sie es meinen, Herr Guillaume,“ entgegnete Anton sich verbeugend, „doch vielleicht und mit Gottes Hilfe etwas anderes, was nach meiner Meinung gerade so viel sein kann, als ein Reiter nach der Jhrigen.“

Er sprach so stolz, weil er Madame Adelaide im nächsten Zimmer hörte, würde jedoch in peinvolle Verlegenheit geraten sein, hätte er verkündigen sollen, wach' ein „etwas“ er im Geiste vor sich sah.

Nun er den Zeitpunkt der Befreiung vom Joche nach Tagen zählen und berechnen durfte, trug er leichter an diesem Joche. Sein Herz schlug lebendiger . . . und dennoch war alles, was vor ihm lag, Ungewißheit! Er wußte durchaus nicht, was dann beginnen? Aber, wußte er doch, daß er nicht mehr gezwungen sein werde, den Fuchs zu bestreiten und den Leuten seine Künste vorzutreiben. — Diese Gewißheit tröstete ihn wegen jener Ungewißheit über sein Schicksal.

O glückselige Jugendzeit! Auch im Unglück noch glücklich!

Neununddreißigstes Kapitel.

Seit vielen Jahren hatte der große Weltmarkt in L. nicht so viel „Wegzuben“ gezählt, als in jenem Frühling, wo Antoine mit der Guillaume'schen Reitertruppe daselbst erschien. Es konnte nicht fehlen, sie mußten sich einer dem andern das Brot vom Munde nehmen. Während Kaufleute und Handelsleute sich im ganzen für zufrieden erklärten, klagte das Gaukervölkchen allgemein über spottschlechte Messe.

Anton befand sich in seltsamer Verwirrung seiner eigenen Wünsche und Absichten. Mit dem friedlichen Anst, welches er in Dr. bewohnt, und in welchem er stille, unge-

hörte Stunden zugebracht, hatte er zugleich die entsetzende Geduld verloren, die ihn dort im Gleichgewicht hielt, die ihn sogar bisweilen ohne Klage wahren ließ, er sei mit dem Leben fertig.

Mit dem erwachenden Frühling erwachte auch in ihm das Gefühl seiner Jugend, winterlich begrabene Empfindungen entkeimten diesem Gefühl. Die schwermütige Erinnerung an Adele verwandelte sich in aufregende Sehnsucht nach ihr. Er wurde den Gedanken nicht los, daß die Fartour ihren Paß hatte nach Paris ausstellen lassen, wie sein Arzt beim Gesandten erfahren. Es war ihm zu Sinne, als müsse er die Entlohnung dort wiedersehen; als würden, wenn es ihm gelänge, dieses Ziel unklarer Träume zu erreichen, viele Geheimnisse sich enthüllen, viele Rätsel seines Lebens sich lösen. Doch wie wäre dies auszuführen? Sein Geldvorrat ging auf die Reize. Er mochte sich's noch so sparsam einrichten; wenn man immer nur ausgibt, ohne einzunehmen, hilft zuletzt kein Sparen. Wie, fragte er sich, soll es mit mir enden? Wenn ich auch wirklich diese fast unbezwingbare Begierde, ihr nach Frankreich zu folgen, bezwinge, wenn ich mich und meine feurigsten Wünsche niederdrücken will, . . . was soll, auch in Deutschland, aus mir werden? Ich weiß es nicht. Denn sogar für den traurigen Fall, daß ich mich überwinde, meine Arbeit als Korbflechter weiter ergreife und mich beim nächsten Meister für Gesellen verdinge, — wie komme ich mit dem unglücklichen Blatt Papier ins reine, welches die Simonelli mir angeheftet, unter dessen Schutz ich noch immer reise, und zwar als ein Betrüger reise, zu dem ich wurde, ohne es zu wollen und zu wissen? Überdies auch ist jener Reifepaß abgelaufen, so gut wie ungültig. Der Furioso, der sich auf solche Dinge versteht, hat mir neulich zu hören gegeben, ich würde genötigt sein, Paris „wieder“ zu besuchen, um meine Reifeerlaubnis verlängern zu lassen. Und wenn sie dort die Wahrheit entdecken . . . ? Das kann mich in Schande und Kerker bringen! Gar vielleicht, wenn der wirkliche Antoine mir begegnet? Wenn er schlechte Streiche gemacht, die auf mich zurückfallen, wenn er schon eingesperrt ist? Oder, wenn er . . . Gott weiß was? Da gibt es so viele „oder“, daß mir ganz schwindlig wird! — Nach Liebenau zurückgeschleppt werden? . . . Auf dem „Schube“, wie sie's nennen? Zum Spott der Landleute, gescholten vom Kurator, verhöhnt von Otilie, vielleicht gebunden, mit wirklichen Stricken gebunden, als Dagabund? Das ehrenvolle Andenken meiner Großmutter geschändet? Nichts Besseres als der Wolfgang? — O, ich wollte, ich läge zwischen beiden begraben im grünen Kirchhof!

oder drücken wenigstens ein Auge zu. (Hört, hört! b. d. Soz.) Eine Betriebskrankenkasse ließ ein weibliches Mitglied, das an einer

ankretenden Krankheit

litt, ruhig in der Wohnung ihrer Angehörigen liegen, obwohl sie wußte, daß die Krankheit ankretend war. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) So wurde die Gesundheit einer ganzen Familie, ja, vielleicht einer ganzen Stadtgegend, gefährdet, nur um die Differenz zwischen Krankenhauspflanze und Krankengeld zu sparen. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) In einem anderen Betriebe werden alle Arbeiterinnen periodisch auf Schwangerschaft untersucht. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Ferner benutzt man die Bestimmungen der Betriebskassen, um Angehörige

unliebiger Organisationen fernzuhalten

und Gelbe zu protegieren. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Betriebskassen sind eine wahre Prämierung der Drückbergerei der Unternehmer. Schon darum sollten sie beseitigt werden. Alle Autoritäten, Mediziner und Volkswirtschaftler, alle Sachverständigen, sind sich über die Notwendigkeit ihrer Beseitigung einig. Von den Vorständen der Betriebskassen selbst ist die große Mehrheit für einheitliche Ortskrankenkassen. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Große leistungsfähige Ortskrankenkassen bieten allein die Gewähr dafür, daß die Krankenversicherung wirklich dem Arbeiterwohl dient. Darum sollte sich der Reichstag auf den Boden unseres Antrags stellen. (Lebh. Weisf. b. d. Soz.)

Stresemann (M.): Wir können die vorgeschlagenen Einzelfälle nicht prüfen. Selbst, wenn sie wahr wären, beweisen sie nichts gegen die Betriebskassen als solche. Die Betriebskassen haben sich ausgezeichnet bewährt. (Lebh. Widerpruch b. d. Soz.) Die Kommissionsbeschlüsse treffen das Richtige und wir werden für sie stimmen. (Beifall b. d. Mehrh.)

Boormann (Wp.): Ganz gewiß sind böse Mißstände bei den Betriebskassen vorhanden. Aber so weit, diese Organisationsform abzuschaffen, können wir nicht gehen. Aber die kleinen landwirtschaftlichen Kassen und Käffchen wollen wir nicht haben und beantragen deshalb, im § 257 die Beschränkung der Mitgliederzahl auf 50 bei den landwirtschaftlichen Betriebskrankenkassen zu streichen. (Bravo! links.)

Sachse (Sd.): Wie stellt sich denn die Regierung zu der Praxis der Betriebskrankenkassen, die der Abg. Emmel hier vorgetragen hat, die Bezüge der Versicherten zu schmälern. — Emmel hat übrigens nur einen ganz kleinen Teil seines Materials vorgetragen, und auch ich besitze über die Praxis der Kassen noch reiches Material. Es existieren solche Kassen mit noch nicht 40 Mitgliedern, eine sogar mit nur 8. (Hört, hört! bei den Soz.) Das sind keine Kassen mehr, das ist Kassenpielerei. Dies zu verhindern, nehmen Sie unsere Anträge an. (Bravo! bei den Soz.)

Geheimrat Caspar: Auf die Frage des Abg. Sachse bemerke ich, falls die vom Abg. Emmel vorgetragene Fülle erwiesen wären, würden die entgegenstehenden Bestimmungen Anwendung finden. Sie aber als richtig nachzuweisen, muß den Beteiligten überlassen bleiben.

Emmel (Sd.): Die Aufsichtsbehörde hat die Pflicht, solche Dinge nicht passieren zu lassen, und darf sie nicht einfach als angeblich anonyme Beschwerden abweisen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wird § 257 in der Fassung der Kommission angenommen.

§ 258 bestimmt nach der Kommissionsfassung, daß bei Saisonbetrieben die Mindestzahl für die Errichtung einer Betriebskrankenkasse für 2 Monate mindestens vorhanden sein muß.

Ein Antrag Albrecht will diesen Paragraph streichen.

Bausold (Sd.): Dieser Paragraph bedeutet lediglich eine außerordentliche Begünstigung der Großagrarier. Derartig kleine Kassen, wie sie hier gedacht sind, können ihren Verpflichtungen ja gar nicht nachkommen, und deshalb liegt in ihnen auch eine große Gefahr für die Volksgesundheit. Naturgemäß können diese Miniaturkrankenkassen nichts leisten. Röntgenstrahlen würde man bei ihnen höchstens einmal anwenden, um den Kassenjünger zu durchleuchten. (Sehr gut! bei den Soz.) Die kleinen Bauern beschäftigen nie so viel Personen in ihrem Betriebe, wie hier vorgesehene, und müssen ihre Arbeiter daher in den Landkrankenkassen versichern. Die Gütebesitzer beschäftigen nur gesunde Leute, die Kranken entlassen sie, und Halbinvalide stellen sie erst gar nicht ein; solche

Leute werden nur von den Kleinbauern beschäftigt. Auch die Mittelbauern können sich unter gewissen Rahmen von der Landkrankenkasse befreien. Das ganze Risiko bleibt also bei den kleinen Bauern. In unverschämtester Weise sind diese Bestimmungen auf das Interesse der Großgrundbesitzer zugeschnitten und gerade die, die sich hier immer als Vertreter der Kleinbauern aufspielen, treiben hier die unverschämteste nackte Interessenpolitik für die Großen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz. Unruhe rechts.) Leider dürfen auch solche Mitglieder des Hauses, die ein persönliches Interesse an der Sache haben, mitstimmen, sonst müßten hier mindestens 90 Mitglieder vor der Abstimmung hinausgehen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn Sie diesen Paragraphen annehmen, werden Ihnen die Kleinbauern bei den nächsten Wahlen die Duntung geben. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdem.)

Fegter (Wp.) wendet sich gleichfalls gegen den Paragraphen; eine Klasse von 50 Mitgliedern ist sicher nicht leistungsfähig. In der Kommission hat ein Regierungsvertreter selbst zugegeben, daß der Paragraph in dieser Fassung die völlige Aufhebung der Landkrankenkassen bedeutet. (Hört, hört! links.) Aber wieder hat sich die Regierung den Agrariern gefügt, — dieselbe Regierung, die ein Unannehmbar ausspricht, wo es auf den Schutz der Wöchnerinnen ankommt. (Lachen rechts.) Ihnen wird das Lachen noch vergehen, bei den Wahlen werden Sie die richtige Duntung auch dafür bekommen. (Sehr gut! links.) Sie kommen nur in den Saal, wenn abgestimmt wird und halten es nicht einmal für nötig, unsere Gründe anzuhören. Dies Verhalten der Mehrheit nage ich vor dem Lande fest. (Bravo! links.) Der § 259 wird in der Abstimmung aufrecht erhalten.

§ 260 setzt gewisse Voraussetzungen fest, unter denen eine Betriebskrankenkasse errichtet werden darf.

Ein Antrag Albrecht (Sd.) will das Wort „errichtet“ ersehen durch „zugelassen“ und für den Fall der Ablehnung dieses Antrages die weitere Voraussetzung für die Errichtung hinzusetzen, daß die Mehrheit der Versicherungspflichtigen zustimmt.

Schickert (K.) begründet einen Kompromißantrag, der bei der Voraussetzung, daß durch die Errichtung einer Betriebskrankenkasse eine Orts- und Landkrankenkasse nicht gefährdet werden darf, den Satz einfügen will, daß eine Kasse nicht als gefährdet gilt, wenn ihr noch mehr als 1000 Mitglieder verbleiben. Die Festlegung einer Gefährdungsgrenze sei notwendig, wenn nicht die Errichtung von Betriebskrankenkassen unmöglich gemacht werden soll.

Schmidt (Sd.): Der Kompromißantrag bedeutet eine weitere Verschlechterung des Gesetzes. Wenn ein großer Betrieb mit über 1000 Arbeitern, der nicht besonders gesundheitsgefährlich ist, an einem Orte errichtet wird, so würde die Perausnahme dieser Mitglieder die Ortskrankenkasse zwingen, zum mindesten ihre Leistungen herabzusetzen, wenn die ihr verbleibenden Arbeiter etwa gesundheitsgefährlichen Betrieben der chemischen Industrie usw. angehören. Ich bitte Sie deshalb, diesen Verschlechterungsantrag abzulehnen und unserem Antrag zuzustimmen, der den Paragraphen auch auf die bereits bestehenden Kassen ausdehnen und den Arbeitern die Entscheidung darüber vorbehalten will, ob eine Betriebskrankenkasse gegründet werden soll. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Hiermit verbunden wird § 262, der die Errichtung von Zunftkrankenkassen zuläßt, und § 263, der die Voraussetzungen ihrer Errichtung regelt.

Brühne (Sd.) begründet einen Antrag auf Streichung des § 262. Vielfach werden Zunftkrankenkassen mit fünf, sechs, zehn Mitgliedern gegründet. Solche Zunftkrankenkassen natürlich nichts leisten. Gewöhnlich entstehen solche Kassen bei großen Streiks auf Veranlassung der Streikbrecher. Schon mindestens bitte ich Sie, unseren weiteren Antrag anzunehmen, daß Zunftkrankenkassen nur mit wenigstens 500 Mitgliedern errichtet werden dürfen, wenn der Gesamtsatz in geheimer Abstimmung der Errichtung zustimmt. (Bravo! bei den Soz.)

Rieberg (Wp.) befürwortet einen Kompromißantrag, auch bei den Zunftkrankenkassen die Gefährdungsgrenze auf 1000 Mitglieder festzulegen. Die Sozialdemokraten wollen die Zunftkrankenkassen nur beseitigen, weil sie in ihnen keinen Einfluß haben. (Lachen bei den Soz.) Es gibt Bäckerinnungskassen, die auch für den Sonntag Krankengeld zahlen, die also leistungsfähiger sind, als alle anderen Kassen.

Wolkenbühr (Sd.): Zu dieser Leistung sind die Bäckerinnungskassen gesetzlich verpflichtet, denn im Bäckergerwerb besteht das Jahr aus 365 Arbeitstagen. Herr Rieberg hat also durch seine Ausführungen nur bestätigt,

daß das Bäckergerwerb das allerleistungsfähigste ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Im allgemeinen bleiben die Leistungen der Zunftkrankenkassen, wie das bei ihrer geringen Mitgliederzahl ganz erklärlich ist, erheblich hinter denen der Ortskrankenkassen zurück. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Die Anträge Albrecht werden abgelehnt, die Kompromißanträge angenommen.

§ 273 bestimmt, daß bei Berechnung der Gleichwertigkeit der Leistungen von Kassen Leistungen der maßgebenden Klasse, die noch kein volles Jahr gelten, und ebenso gewisse Mehrleistungen nicht berücksichtigt werden.

Wolkenbühr (Sd.): Wir beantragen Streichung dieses Paragraphen weil wir wollen, daß die Mitglieder einer Betriebs- oder Zunftkassen Anspruch auf alle Leistungen haben, die sie in der Ortskrankenkasse genossen haben.

Der Streichungsantrag wird abgelehnt. § 275 ordnet Feststellung der Gleichwertigkeit von 4 zu 4 Jahren an.

Hoch (Sd.): Wir beantragen Streichung der Worte von 4 zu 4 Jahren, weil gar keine Veranlassung vorliegt, eine Schädigung der Versicherten vier Jahre hindurch aufrecht zu erhalten.

Der Antrag wird abgelehnt.

§ 277 bestimmt, daß eine Landkrankenkasse, deren Bestand dauernd unter 500 Mitglieder ist, mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse vereinigt werden kann, wenn das Versicherungsamt das Bedürfnis für ihre Fortbestehen verneint.

Schmidt-Berlin (Sd.) beantragt, den völlig überflüssigen Nachsatz zu streichen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Die §§ 278 bis 325 werden debattelos angenommen. (Bravo! b. d. Mehrheit.)

§ 226 bestimmt, daß Mitglieder, die infolge Erhöhung ihres Einkommens auscheiden, binnen 3 Wochen nach dem Ausscheiden eine Erklärung über ihre freiwillige Weiterführung der Mitgliedschaft abgeben können. Wer jedoch in der zweiten oder dritten dieser Wochen erkrankt, hat für diese Krankheit Anspruch auf die Kassenleistungen nur dann, wenn er die Anzeige in der ersten Woche gemacht hat. Mit Zustimmung des Oberversicherungsamtes kann die Zahlung kürzere Fristen bestimmen. § 326a bestimmt das Erlöschen der Mitgliedschaft, wenn zweimal nacheinander die Beiträge nicht entrichtet und seit dem ersten dieser Tage mindestens vier Wochen vergangen sind.

Wolkenbühr (Sd.): Wir haben hierzu Abänderungsanträge eingebracht, die bezwecken, daß jemand, der auch erst am letzten Tage der nach den Paragraphen ihm zugebilligten Frist die Erklärung abgibt, daß er freiwillig Mitglied bleiben will, dann das Anrecht auf vollen Bezug der Krankengelder hat, auch wenn er in den ersten Wochen erkrankt. Es ist nur gerechtfertigt, daß jemand für die Dauer der ganzen Krankheit kein Krankengeld erhält, wenn ihm überhaupt das Recht zugestanden wird, Mitglied der Kasse zu bleiben. (Zust. bei den Soz.)

Schmidt-Berlin (Sd.) In dem letzten Satz des § 326 beantragen wir statt „kürzere Fristen“ zu sagen „längere Fristen“ können mit Zustimmung des Oberversicherungsamtes bestimmt werden. Wenigstens diesen Antrag werden Sie annehmen, da die Redaktion der Kommission ja offenbar auf einem Irrtum beruht und ein Zeugnis für die Eiferhaftigkeit der Arbeit ist. (Hört, bei den Soz.)

Sachse (Sd.): Die Fassung der Kommission ist ganz besonders nachteilig für die Bergleute. Wenn diese die Arbeitsstelle wechseln und noch nicht gleich andere Arbeit finden, so kommen sie leicht um ihre Kassenrechte. Sie müssen die Probe auf die Wurmkrankheit noch einmal durchmachen, wobei sie zwei Tage verpassen, dann noch extra ein Arztgutachten beibringen, das auch wieder 3 Mk. kostet. Auch diejenigen Leute werden davon betroffen, die zu militärischen Übungen eingezogen sind. Um alle diese Ungerechtigkeiten zu vermeiden, bitten wir Sie, unsere Anträge anzunehmen.

Der Antrag, statt „kürzere Fristen“ zu setzen „längere Fristen“ wird angenommen. (Ironisches Bravo! bei den Sozialdem.) Alle übrigen Abänderungsanträge werden abgelehnt.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Das ehrengerichtliche Verfahren gegen den Abgeordneten Liebknecht ist infolge des Beschlusses des Abgeordnetenhauses für die Dauer der gegenwärtigen Session des preussischen Landtages eingestellt worden.

Zur Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart. Am Montagabend sprach der sozialdemokratische Stadtpartrandskandidat Genosse Lindemann vor einer Versammlung von etwa 4000 Besuchern. Alle Bevölkerungsschichten waren vertreten. Genosse Lindemann entwickelte sein Programm in eindringlicher Rede; besonders wirkten die Partien, die sich mit dem Wohnungswesen, dem städtischen Schulwesen, der Stadt als Unternehmerin, der städtischen Arbeitslosenfürsorge und der Mitwirkung der Frauen in der Gemeinde beschäftigten. Am Schluß wandte sich Lindemann gegen die Angriffe auf die Parteifandatur und führte aus: „Ich man der Meinung, daß ein Parteimanu stets jede Objektivität des Urteils lassen müsse; glaubt man, daß er als Parteimanu alle Dinge in die Schablone einiger weniger Gedankengänge pressen müsse? Will man damit sagen, daß ein Mann, der sich zur Reaktivierung seiner Ansichten anderen Gleichgesinnten angeschlossen hat, damit die Fähigkeit verliere, sich seine eigene Meinung zu bilden? Es wäre denn doch zu traurig, wenn das wahr wäre. Es ist eine lächerliche Behauptung, im Hinblick auf die vielen Tausende von Parteimännern aller Schattierungen, die in Stadt und Gemeinde wichtige Arbeit leisten. Nein, das meint man auch garnicht. Man meint nur, ein Mann von einer gewissen Partei soll nicht aufs Rathaus.“ Genosse Lindemann schloß: „Ich darf für meine Partei wohl in Anspruch nehmen, daß sie jederzeit in ihrer Gemeinbarkeit das allgemeine Wohl höher gestellt hat, als die Interessen der einzelnen oder kleineren Berufsstände und Klassen. Schon in dem Worte Sozialismus liegt der Gedanke der Hingabe des einzelnen an das Ganze, und die treue opfervolle Arbeit der vielen Hunderte von Gemeindevetretern unserer Partei hat den Sinn dieses Wortes noch nie Lügen gestraft. Das Wohl der Allgemeinheit muß für jeden Sozialdemokraten der Leitstern seines Wirkens sein. Wird nun diese Auffassung getragen nicht nur von der Treue des Mannes, sondern empfängt sie die Wärme und Kraft von der Überzeugung, die das ganze Leben erfüllt, die den Mann auch zum Anschlusse an seine Partei getragen hat: Glauben Sie, daß ein solcher Mann deshalb ein weniger guter Führer der ihm anvertrauten Gemeinde sein werde? Wenn ich das dachte, würden Sie mich heute nicht an dieser Stelle sehen. Gerade, weil ich glaube, daß der wahre Geist des Sozialismus die Arbeit des Ortsvorstandes, die unausgesetzt auf das allgemeine Wohl gerichtet sein muß, in höherem Maße fördert und erleichtert, habe ich mich entschlossen, als Bewerber vor Sie hinzutreten und sollten sich die Stuttgarter Bürger entscheiden, mich zu wählen.“ (Fortsetzung folgt.)

Es war ein sonnig blauer Vormittag, dessen Klarheit wenig passier wollte zu den Wolken, in die Antons Haupt sich häufte. Dem drängenden Marktgewühl der Gassen entwichen, hatte er sich nach dem Platz begeben, auf welchem alle öffentlichen Schaustellungen vertrieben, eine zweite kleine Stadt von hölzernen Häusern bilden, in denen die modernen Komaden verkehren, und wo des Morgens verhältnismäßig Ruhe herrscht, im Vergleich zum Armen erkrankten Verkehr im Innern der eigentlichen Stadt. Anton hatte bisher noch verstanden, das Handwerk zu begründen. Nur seiner Lage Hoffungslosigkeit trieb ihn heute, von Bude zu Bude schlendernd, mit prüfender Forschung umher zu suchen, wo sich für ihn vielleicht eine, wenn auch nur vorübergehende Zuflucht finden ließe. Denn von Gullianne sich zu trennen, wußte er sich ebenso fest entschlossen, wie er sich durchdringen war von der traurigen Überzeugung, es bliebe ihm gar nichts anderes mehr übrig, als ein Danks niedrigerer Gattung, in dem Lande der Zigeuner.

Da prangte gegenüber der „Heuerknecht“, glimmende Kohlen verschluckend, flüssiges Stiegelglas nachend, siedendes Öl wider brennenden Turm schlürzend, seine Fußsohlen mit glühend roten Eisen belegend; und diesem verbunden eine „Minerva“, den zarten Leib mit gewichtigem Ambos beladend, auf welchem vier Zylindern juchende Puffen jammedeten. War das Porträt, welches, die Göttin darstellend, in Lebensgröße neben jenem des feuerbeherrschenden Gatten hing, einigermaßen getroffen, so konnte das lebendige Urbild sehr wohl die vom Gewicht des Ambos zwar zerquetschte, aber dennoch wieder zusammengesetzte Mutter des kleinen Schrampl sein. Zum ersten Male, seitdem er in die weite, glühende Lächer über Antons verführerische Fänge, wie er Schrampls Gedächtnis und ihrer gemeinschaftlichen Schneewanderung. Wo man der lange Schlagsort jetzt keine Lügen debattieren, murmelte er, bedächtig weiter schreitend, vor sich hin, und als er noch ausgemurkelt, ließ er sich mit der Waise an eine kleine Bude, von deren Eingang ihm das alte, grauweiße Kiefernholz freudigstehend entgegenkam.

Endlich, Herr Antoine! Sie haben lange Zeit gebraucht, bis Sie sich des kleinen Grundstücks erinnerten. Bis heute und heute Sie nicht auffuchen, indem ich mit Ihrem Direktor nicht gut freie.

Keine Meinung, Herr Schrampl, daß Sie sich schon in 2 Jahren! Angenehm überrascht. Treten Sie ein. Keine Substanz vorhanden. Leiber gar keine. Wir sind unter uns! Sagen Sie, Freund,

ist es wahr — — Sie, Ihr da drinnen im Häuschen, erhebt Euch, Langschläfer! Macht Toilette! Der Dufar erscheint heute im Schweizerkostüm, weil er darin nicht so eifersüchtig aussieht, wie in seinem blutfarbigen Dolman. Und das Minon sich mehr dekoriert als gestern; wir haben gegen ein Uhr mittags Privatvorstellung für einige alte Herren! — Also, teuerer Antoine, ist es wahr, was der Befaszo mir sagt, daß Sie Papa Bonhomme verlassen?

Es ist wahr, Schrampl.

Haben recht. Er in ein ausgepflöppter Strohhalm, und sie ist ein weiblicher Satan in fleischfarbenen Trikots, unter denen sich passabel hübsches Menschenfleisch befindet, das gebe ich zu; doch darum nicht weniger Satan. Eingefleischter Satan. Haben recht. Ich erfuhr erst hier, daß Sie derselbe sind, der in W. den schönen Sturz machte. Bravo! Jetzt weiß ich alles: Laura Amelot, die Kage, Aldeide, Adele Hartour, alles! Sie müssen mich, als wir uns kennen lernten, für ein dummes Nitroß gehalten haben. Und wohin sind wir verchieden mit unserer Violine?

Kein. Ich bin ohne Ausschichten.

Sie? Ohne Aussicht! Sie, Antoine?

Hier prüfte Schrampl Antons Gesicht mit Kennermienen, brach dann in ein mildes, höhnisches Gelächter aus und sagte, daß sein kleines Schweizerhäuschen in den Fugen bebte und seine drei Zwerge ängstlich die dicken Köpfe durch die Feuerlöcher steckten: „Ein solcher Jüngling ohne Ausschichten? Es ist nichts mehr zu machen, durchaus nichts; ich sag' es ja. Was kann Schrampl für Sie tun? Wünschen Sie, daß ich an verchiedene Bekannte schreibe, die bei guten Truppen reiten?“

Sie sind sehr gefällig, lieber Schrampl, doch will ich Ihnen eingestehen, daß ich fest entschlossen bin, die Reiterei gänzlich aufzugeben. Meine Gründe für diesen Entschluß erlaube Sie mir; die Auseinandersetzung würde zu weit führen. Vielleicht, daß mein Sturz mich eingeschüchert, mir die rechte Lust geraubt hat. Genug, ich gebe das Meier auf. Dankbar würde ich Ihnen sein, wenn Sie mir Gelegenheit verschaffen, irgend ein Unterkommen zu finden, welches mich vor augenblicklichem Mangel schützt und mich der traurigen Notwendigkeit überhebt, mehr von meinen Sachen zu veräußern, als mir entbehrlich ist. Vorzüglich lieb wäre es mir, wenn die Unternehmung, bei der ich — ich — auch nur als Diener — attached würde, sich den französischen Grenzen recht bald näherte oder gar vielleicht selbst nach Frankreich reiste. Denn, im Vertrauen gesprochen, mein Paß läuft ab, und ich bin nicht ohne Besorgnis. (Fortsetzung folgt.)

Sind Sie überzeugt sein, daß Sie die Leitung Ihrer Stadt einem Manne anvertrauen, der in der Schule des Lebens gelernt hat, stets das Ganze über die Teile zu stellen und der sich bei diesem Streben durch nichts beirren lassen wird. Die Ausführungen Lindemanns wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Aussichten für seine Kandidatur sind auch dadurch noch gewachsen, daß die Einigung der bürgerlichen Parteien jetzt als endgültig gescheiter betrachtet werden kann. Die Volkspartei stimmte am Montag in einer geheimen Versammlung einer Resolution zu, die mit einem Angriff auf unseren Kandidaten Lindemann beginnt, dann aber bedauert, daß die nationalliberale Partei die Vorschläge der Volkspartei nicht akzeptiert habe. Die nationalliberale Partei habe durch die einseitige Aufstellung eines ihrer Parteigenossen die Solidarität des Gesamtkandidats aufgehoben. Als Staatsbeamter sei der nationalliberale Kandidat nicht geeignet, die Selbstverwaltung wirksam gegen die Ausschüßbehörde zu vertreten. Die Volkspartei ist entschlossen, die Kandidatur des Oberbürgermeisters Reck-Wippingen zu unterstützen. Außer Lindemann kandidieren jetzt also noch Lautenschlager und Reck.

Aus der Jugendbewegung.

Vom Kampf gegen die Arbeiter-Jugend. In der Bürgermeisterei Verrath bei Düsseldorf hat es der Behörde gefallen, eine nichtbestehende Jugendorganisation für politisch zu erklären und sie aufzulösen. Selbstverständlich wurde der Bürgermeisterei mitgeteilt, sie habe in diesem Falle arg daneben gehauen.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Zentralverband der Schiffszimmerer, der gegenwärtig in Berlin seine Generalversammlung abhält, beschäftigte sich u. a. auch mit der Frage der Verschmelzung. Nach langer Debatte fand folgende Resolution Annahme: „Die Generalversammlung nimmt Kenntnis von den Anträgen, die den Anschluß des Verbandes der Schiffszimmerer an einen der größeren Verbände bezwecken. In Rücksicht jedoch, daß die Angelegenheit nicht genügend geklärt ist und die Meinungen über die Zweckmäßigkeit des Anschlusses an einen der größeren Verbände weit auseinander gehen, wird von einer endgültigen Beschlußfassung Abstand genommen. Den Zahlstellen wird zur Pflicht gemacht, bis zur nächsten Generalversammlung zur Frage der Verschmelzung Stellung zu nehmen. Der Zentralvorstand erhält den Auftrag, sich mit den für den Anschluß in Frage kommenden Verbänden in Verbindung zu setzen, um festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen eventuell der Anschluß erfolgen kann. Der nächsten Generalversammlung ist hierüber Bericht zu erstatten. Der Bericht ist mit den anderen Anträgen zusammen acht Wochen vorher im Fachblatt zu veröffentlichen.“

Zum Streik auf der Schikan-Werke in Danzig. Die Firma hat jetzt die Gymnastiktagung gegen diejenigen ihrer streikenden Arbeiter eingeleitet, die die Werkwohnungen trotz erfolgter Kündigung nicht geräumt haben. Von der Klage werden etwa 150 Arbeiter betroffen. Die übrigen der 200 Wohnungen werden von Weibern usw. bewohnt. Die ersten Termine finden bereits am 12. Mai statt. Die ganze Sache ist für den modernen Kapitalismus überaus charakteristisch. Der säkularisierte Milliardär läßt seine Wohnungen leer stehen, er kann auf das Einkommen aus den Mietserträgen verzichten. Er hat nach Gesetz und Recht auch keine Verpflichtung, danach zu fragen, wo die Familien mit ihren Sachen bleiben. So wird den Danziger Arbeitern der Augen der „Wohlfahrtsvereinigungen“ so klar wie nur möglich vor Augen geführt. Dadurch wird aber auch erreicht, was das Unternehmertum stets verhindern will: Klarheit über die heutigen Sitten- und Rechtszustände, Klarheit auch über die Brutalität der Unternehmer im Kampfe gegen die Arbeiter. Und das alles bei einem Kampfe um so geringfügige Forderungen, die ohne geringste Schädigung für den Betrieb durchzuführen wären.

Baukempnerstreik in Berlin. Vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts fanden Verhandlungen der Unternehmer und Arbeitervertreter über einen Tarifvertrag statt. Da eine Einigung der Parteien nicht zu erzielen war, so fällt das Einigungsamt einen Schiedsspruch. Danach sollte der Mindestlohn bis September d. J. 76 Pfg. pro Stunde betragen, von da ab bis April 1912 77 Pfg. und dann bis März 1913 79 Pfg. Für Gehilfen im ersten Gehilfenjahre sollte der Stundenlohn 62 Pfg., im 2. Jahre 65 Pfg. betragen. — Eine Versammlung der Baukempner lehnte diesen Schiedsspruch einstimmig ab. Am Dienstag früh haben, einem weiteren Beschluß der am Montag stattgefundenen Versammlung entsprechend, die Baukempner Berlin fast einstimmig die Arbeit niedergelegt. Nur bei einigen wenigen unbedeutenden Firmen arbeiten Klempner, die aber wahrscheinlich nicht früh genug von dem Stand der Dinge informiert waren. Es steht bei dem guten Organisationsverhältnis der Baukempner zu erwarten, daß auch diese die Arbeit niederlegen werden, wenn sie informiert sind. Die sich die Lohnbewegung dann weiter entwickelt, bleibt abzuwarten. — Die genaue Zahl der am Streik Beteiligten kann erst in den nächsten Tagen festgestellt werden.

Erfolgreicher Brauereiarbeiterstreik. Nach kurzem Streik erreichten die Arbeiter der Vereinsbrauerei Koburg den Abschluß eines Tarifvertrages mit wesentlichen Verbesserungen, u. a. Lohnerhöhung von 1,50 bis 2,75 Mk. für die

Woche, Bezahlung der Abfertigung mit 60 und 80 Pfg., Bezahlung für Vorkaufsfahrten an Sonntagen, Anerkennung des § 616 des BGB. und Urlaub ohne Lohnabzug von 8-8 Betttagen im Jahre. In Koburg ist dies der erste Tarifvertrag für die Brauindustrie. So lange haben die Unternehmer es verstanden, die Organisation der Arbeiter nieder zu halten.

Zum Bergarbeiterstreik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier. Die genaue Zahl der Streikenden ist noch nicht festzustellen. Viele der Streikenden haben sich noch nicht gemeldet, andere Arbeiter, die gekündigt haben, sind ohne sich zu melden, in andere Berufe übergegangen oder abgereist. Soviel steht jedoch schon fest, daß die Behauptung der Unternehmer, viele Arbeiter hätten ihre Kündigung zurückgezogen, auf Unwahrheit beruht. Die Streikenden, die Werkwohnungen inne haben, sind aufgefordert worden, die Wohnungen zu räumen; auf einzelnen Werken ist ihnen eine Frist von 2 Tagen gelassen. Auf anderen Werken ist den Arbeitern bei der Entlassung die Miete bis zum 1. Juli abgezogen worden, so daß manche Arbeiter keinen Pfennig Lohn herausbekamen. In den Knappschaftskassen wird zurzeit anscheinend eine sonderbare Praxis geübt. In den letzten Tagen wurden frange Arbeiter gelübt und geschrieben, trotzdem man es den Leuten ansehen kann, daß sie krank sind. Auch wurde den Streikenden gesagt, daß sie keine Ansprüche mehr an die Knappschaftskasse hätten. Das entspricht natürlich nicht der Wahrheit. Es wird schon dafür gesorgt werden, daß die Rechte der Streikenden an die Knappschaft nicht verloren gehen. Alle diese Mittel werden aber nur angewandt, um ehrliche Arbeiter zu veranlassen, Streikbrecher zu werden. Die katholische Fachabteilung, deren Mitglieder im Altenburger Revier mit streiken, hat die Parole ausgegeben, daß nicht gestreikt wird. Die katholischen Arbeiter werden also von ihrer Organisationsstellung zum Streikbruch kommandiert. Glücklicherweise besitzen diese Arbeiter mehr Solidaritätsgefühl für ihre Führer, denn die Mehrzahl weigert sich ganz entschieden, dieser Parole zu folgen, sie sind es auch leid, einer solchen Streikbrecher-Organisation anzugehören und haben ihren Abtritt zum Bergarbeiter-Verband erklärt. Die Unternehmer haben ihre ablehnende Haltung gegenüber den Forderungen der Arbeiter damit begründet, daß die Werte höhere Löhne tragen könnten. Die großen Anstrengungen und Versprechungen, die jetzt gemacht werden, beweisen aber das Gegenteil. Auf einzelnen Werken haben die Verwaltungen den Arbeitern versprochen, daß, wenn sie nicht mitstreiken, sie per Woche 1,36 Mk. mehr erhalten. Es ist sogar vorgekommen, daß einem Arbeiter eine Mark pro Tag mehr versprochen wurde, wenn er nicht mitstreikt. Wir hatten schon berichtet, daß Agenten fremde Arbeiter für die befreiten Werke anwerben. Es gelang den Streikenden, bis jetzt mehrere Truppen dieser nützlichen Elemente abzufangen. Die Gendarmen bieten selbstverständlich alles auf, damit die Streikenden nicht in die Nähe der fremden Arbeiter kommen sollen. Die Streikenden lassen sich jedoch nicht beirren, sie stehen fest zu ihrer gerechten Sache.

Aus Nah und Fern.

Vom Blitz erschlagen. Während eines heftigen Gewitters, das vorgestern in der vierten Nachmittagsstunde über Berlin und Vororte niederging, hat der Blitz zwei Menschenleben gefordert: ein zwölfjähriger Gemeindeführer und eine ältere Frau wurden in Laubentkolonien getötet; außerdem wurden zwei Schüler durch Blitzschläge verletzt. Es wird darüber aus Berlin berichtet: In der Laubentkolonie „Glend“ an der Seeferse waren zwei Gemeindeführer, der zwölf Jahre alte Sohn Hans des Fabrikarbeiters Mandel aus der Hochstädter Straße 10 und der elf Jahre alte Sohn Friedrich des Arbeiters Wittkopf aus der Demingstr. 21/22, beschäftigt, Lauben zu füttern. Mandel stand mit dem Futternapf auf einer Leiter, neben ihm Wittkopf. Das heftige Gewitter war im Anziehen, schon fielen die ersten Regentropfen, die Knaben setzten aber ihre Tätigkeit fort, als plötzlich unter donnerndem Krachen ein Blitzstrahl niederfuhr und beide traf. Mandel war sofort tot, während Wittkopf betäubt wurde. Der Vorfall war von verschiedenen Laubentkolonisten beobachtet worden. Rasch eilten sie hinzu, um den Kindern Hilfe zu bringen. Andere holten einen Arzt. Dieser konnte bei M. nur den eingetretenen Tod konstatieren. Seinen weiteren Bemühungen gelang es, Wittkopf wieder ins Leben zu rufen. Dann wurde dieser, der Brandwunden erlitten hatte und noch ganz benommen war, nach der Wohnung seiner Eltern gebracht. Auch die Leiche des vom Blitz erschlagenen kleinen Mandel wurde auf Wunsch der herbeigekommenen Eltern in deren Wohnung geschafft. — Ein weiteres Todesopfer forderte ein Blitzstrahl in der Laubentkolonie „Sorgenfrei“ auf den Nonnenwiesen zu Charlottenburg; hier wurde eine Frau Hermann, die in ihrem Gärtchen unweit der Straße 43 arbeitete, vom Blitz erschlagen. — In der Kolonie „Sandhagen“ am Schillerpark fuhr ein Wlitz in eine Gruppe spielender Kinder, die gerade vor dem einsetzenden Hagel flüchten wollten. Der zwölf Jahre alte Anton Geinger wurde betäubt, erholte sich aber bald wieder. Die übrigen Kinder kamen mit dem Schrecken davon.

Ersttöt. Aus Berlin wird gemeldet: Ein Arbeiter in einer Zementfabrik fiel in die lockeren heißen Zementsteine. Der Unfall blieb zunächst unbemerkt, niemand kam dem Unglücklichen zu Hilfe; er mußte einen qualvollen Ersttötungstod erleiden.

Liebesdrama. In Bernau bei Berlin versuchten am Dienstag früh zwei noch im jugendlichen Alter stehende Personen, der 17-jährige Handschuhmacherlehrling Felix Schröder und die gleichaltrige Franziska S., sich zu erschlagen. Beide wurden schwer verletzt nach dem Krankenhaus gebracht, wo die S. bald nach ihrer Entlassung starb. Liebesdrama ist das Motiv der Tat.

Eifersuchtsdramö auf der Straße. In Posaun, Kreis Kybnitz in Oberschlesien, spielte sich auf offener Straße eine Eifersuchtsdramö ab, der ein Menschenleben zum Opfer fiel. Dort erschlug der Stellmacher Schellenschütz aus Eifersucht den 33-jährigen Tischler Franz Dresler. Der Erschlagene ist Witwer und Vater eines dreijährigen Knaben. Der Täter wurde im Rogauer Wald verhaftet. Er hatte das Messer eigens zur Tat gekauft und ist geständig.

Bergmannstod. Gestern mittag wurden in der Concordia-Grube in Fahrze durch Zubrudgehen einer Strecke auf dem Andreasflöz sechs Mann verschüttet. Drei Häuer wurden getötet und ein Mann schwer verletzt. Zwei Schlepper wurden unversehrt geborgen.

Liebesdrama. In Sickerode (Regb., Erfurt) erschlug in der Nacht zum Dienstag der Zimmergeselle Hildebrandt seine Geliebte Ida Schrader und sich selbst.

Der Duellknug. Der Sportsmann v. Gaffron wurde von dem Lanzenleutnant v. Richthofen, dem Sohn des früheren Staatssekretärs v. Richthofen, in der Jungfernhöhe in Berlin im Duell erschossen. Beide hatten seit Jahren Differenzen, die vor einiger Zeit in einem Weinlokal sogar zu Tätlichkeiten führten. Richthofen hatte von Gaffron ein Darlehen in Höhe von 25000 Mark erhalten, dieses Geld in Monte Carlo verpielt und dann behauptet, daß er das Darlehen erhalten habe gegen die Verpfändung einer Erbschaft in Höhe von 40000 Mark. Infolge dieser unwahren Angabe wurde Gaffron gesellschaftlich boykottiert, worauf es zur Duellforderung kam.

Weib der Junkerinsel. In Steele bei Essen kletterte der Arbeiter Johann Ehrlich in betrunkenem Zustand aus Übermut auf das Dach eines Hauses. Er kam zu Fall und stürzte auf die Straße, wobei er einen Schädelbruch erlitt, der seinen sofortigen Tod herbeiführte.

Mißhandlungen in einem Kinderheim. In der Stadtratskammer in dem bergischen Orte Schwelm kam es zu einem aufsehenerregenden Zwischenfall. Der Stadtvorordnete Jakobs hielt eine schwere Anklage gegen den früheren Hausverwalter des städtischen Kinderheims, in dem Waisen und verlassene Kinder der Stadt Schwelm Aufnahme finden. Der Hausverwalter soll danach in der Nacht die schlafenden Kinder aus den Betten geholt und auf den Aborten fürchterlich geschlagen haben. Der Redner verlangte, daß dieser Hausverwalter sowie der jetzige Vorstand zur Rechenschaft gezogen werden. Die Anklage dürfte noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Mord. Gestern früh wurde in einem Hause der Ursulastraße in Köln die Witwe Hild erdrückt aufgefunden. Der der Tat verdächtige Sohn der Witwe ist geflüchtet.

Warnung vor einer Krankenkasse. Der Landrat des Kreises und der Oberbürgermeister der Stadt Münster warnen vor dem Beitritt zu der Rheinisch-Markischen Kranken-Unterstützungskasse zu Bochum, deren Tätigkeit sich über das ganze Reich erstreckt, da bei einer unerwartet vorgenommenen Revision sich ergab, daß den 15000,55 Mk. Einnahmen an Ausgaben gegenüberstehen 14245,05 Mk. Verwaltungskosten, 627,20 Mk. für Krankengeld und 207,90 Mk. für Arzt, Arznei und Kur- und Verpflegungskosten.

Vergiftungsfälle. Wie aus Kiew gemeldet wird, sind dort fünfzig Kinder unter schweren Vergiftungserscheinungen erkrankt. Die Ursache der Vergiftung konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden. Mehrere Kinder sollen bereits gestorben sein.

Brandkatastrophe im Theater. Das Empire Palace Theater in Edinburgh wurde nach Schluß der Vorstellung durch Feuer zerstört. Bei dem Brande sind mehrere Personen umgekommen. Bis gestern früh waren nach einer Meldung aus London acht Leichen geborgen. Das Feuer blieb an der hinteren Teil des Gebäudes befristet, der zusammenstürzte und mehrere Personen unter den Trümmern begrub.

Revolte der Chinesen gegen Wucherpreise. In Pangschaun in der Provinz Tscheking ist es am 6. d. Mts. infolge der Weigerung der Reishändler, die hohen Preise herabzusetzen, zu Unruhen gekommen. Zwanzig Reiskläden, eine Drogenhandlung, mehrere Häuser von Mandarinen wurden zerstört und verschiedene Verhaftungen vorgenommen. Als sich die Polizei weigerte, die Verhafteten freizulassen, griff die Menge das Gerichtsgebäude und die Polizeistation an, wobei diese Gebäude erheblich beschädigt wurden. Mehrere Polizeibeamte wurden schwer verletzt. Zur Wiederherstellung der Ordnung mußten Truppen aufgeboden werden.

Briefkasten.

S. F. Etzdorf. Kann Sonnabend nicht kommen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarg. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Für die herzliche Teilnahme und reiche Kranzspende beim Begräbnis unserer lieben Mutter sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie Herrn Pastor Bernhardt für die trostreichen Worte unsern tiefgefühlten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen
W. Rohde und Familie.

Uns. lieben Fründ Gustav Schröder. to
sten 25jähr. Geburtsdag endunnennd.
Hoch, dat de ganze Annenstrat wackerelt
50 Buddel sün woll nich to veel?
E. Boy, Königs-
str. 61. J. 1811.
Marktballst. 46.
Lebend frische Goldbunt, Seelachs
Bfd. 20 Pfg., Kabeljau Bfd. 25 Pf.

Komitee- und
Kommissionssitzungen

Transportarbeiter!

Freitag abend 8 1/2 Uhr:
Vorstand u. Lohnkommission.

Billig!!!
Briketts bei 5 Zentner
95 Pfg. pr. Ztr.
Koks und Steinkohle
jedes Quantum.
Bucheunholz und Tannen-
brennholz von 1/2 Meter an.
Für Wiederverkäufer bei größerer
Abnahme billiger.
Kleingemachtes Tannenholz
große Säcke 70 Pfg., bei 10 Sack
65 Pfg., bei Barzahlung frei Haus.
Heinrich Boye
Moislinger Allee 49.

Ein guter, br. Kinderwagen auf
Gummi zu verk. Fuchtingstr. 17, III.

Hobelbank nebst Werkzeug
billig zu verkaufen.
Schützenstr. 40a, II.

Freie Jugend Lübecks.

Sonntag, den 14. Mai:
Ausflug nach Padelügge.
Sammeln 1/2 8 Uhr am Lindenplatz.
Der Austausch.

Verband der
Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Freitag, dem 12. Mai,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht von der Konferenz.
3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Metropol-Theater.
Lynchjustiz.
Dieses große Drama wird nie wieder geboten.
Und weitere 8 Schlager.

Geschäfts-Eröffnung.
Einem geehrten Publikum, sowie Freunden und Gönnern
zur gefl. Kenntnis, daß ich am Sonnabend, dem 13. Mai
Johannisstraße 5
die Restauration unter den Namen
Pferdestall
früher (Ewige Lampe)
wieder eröffne.
Es wird mein eifriges Bestreben sein, die mich besuchenden
Gäste durch gute Speisen und Getränke zu bedienen und ersuche
um gütigen Zuspruch.
Hochachtungsvoll
Friedrich Boeke.

